

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

93 (22.4.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abzügen oder am Postschalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., ausgehelt durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/11 und 2-1/8 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 4, zusätzl. 30 % Leuchtungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/8 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Einladung nach Versailles.

Paris, 21. April. Anschließend an das deutsche Telegramm vom 19. April übergab General Nudant gestern in Spa die Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen, worin um die Einsetzung von Bevollmächtigten nach Versailles gefordert wird, die ebenso ermächtigt sind, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln, wie die alliierten und assoziierten Vertreter. Hierauf antwortete der Minister des Auswärtigen, er werde nunmehr in der Voraussetzung, daß im Anschluß an die Übergabe der Entwürfe der Friedensbedingungen Verhandlungen über den Inhalt beabsichtigt werden, als Delegierte der Reichsminister Graf Brockdorff-Rangoni, Landsberg, Giesberts, den Präsidenten Leinert, Dr. Melchior und Professor Schäfer entsenden, wenn Voraussetzung erfüllt sowie freier Drahtverkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werden.

Berlin, 19. April. (Privatmeldung.) Die Einladung an die deutsche Regierung, zum 25. April 1919 in Versailles zu erscheinen, ist heute früh hier eingegangen. Sie war dem deutschen Botschaftsattaché in Spa übergeben worden, die sie telegraphisch nach Berlin übermittelte hat. Die Einladungsnote ist in französischer Sprache abgefaßt und man glaubt, sagen zu können, daß die Fassung und der Inhalt ganz den Willen Clemenceaus verrate. Sofort nach dem Eintreffen der Einladung wurde eine Kabinettsitzung einberufen, in der über die Beantwortung der Note oder die weiteren Schritte beraten werden soll. Die Sitzung dauerte in den ersten Nachmittagsstunden noch an. Das Gerücht, daß in der Note auch ein Teil der Friedensbedingungen enthalten sei, behält sich nicht.

Amsterdam, 20. April. Nach Meldungen des „Telegraph“ aus Paris wird der Friedensvertrag aus 1000 Artikeln bestehen, die 300 Seiten Rauminhalt in Anspruch nehmen werden. Es ist nicht bekannt, was der Inhalt des Friedensvertrages mit Österreich werden soll. Der vorläufige Friedensvertrag mit Deutschland, wie man erwartet, vor Ende Mai, geschlossen werden. Wenn die Deutschen sich weigern, den Vertrag zu unterzeichnen, so denkt man daran, einen großen Teil des deutschen Gebiets zu besetzen, die Blockade beizubehalten und die Lebensmittellieferungen einzustellen.

Zu dem Notenwechsel über die Einsetzung der deutschen Unterhändler bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die erste Ablehnung der deutschen Delegation, der sich voraussichtlich 6 bis 7 Pressevertreter anschließen werden, nicht abfahren soll, bevor Clemenceau sich zu der deutschen Antwortnote geäußert habe. Erfolgt eine zustimmende Antwort, dann könne die deutsche Delegation die Einladung zum 25. April ablehnen, also frühestens am 1. Mai die in Paris aufgestellten Friedensbedingungen in Empfang nehmen. Vor dem 2. Mai könne man also in Berlin keinesfalls Kenntnis von dem Inhalt der feindlichen Vorschläge haben. Stelle sich bei den ersten Besprechungen heraus, daß die Gegner die Absicht haben, in wirklich ernsthaften Verhandlungen einzutreten, dann solle sofort die zweite deutsche Delegation nachgeordnet werden, zu der vor allem die 40 Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens zu ziehen. Ihnen werde sich der Welt der zugewandten Pressevertreter anschließen.

Wie der „Vorwärts“ schreibt, bleibt die Frage, ob Verhandlungen oder Diktatfriede vorläufig ungeklärt. Man könne höchstens sagen, daß durch die zweite Note Clemenceaus ein kleiner Schritt in der Richtung zum Verhandlungsfrieden gemacht worden sei. Wir Sozialdemokraten verlangen einen Frieden, der es ermöglicht, künftige Revisionen erfolgreich zu bekämpfen. Deutsches Gebiet darf nicht wider seinen Willen unter fremde Herrschaft gebracht werden und dem deutschen Volke dürfen nicht Leiden auferlegt werden, unter denen es zusammenbrechen muß. Zu dem offiziellen Kommentar des „Sonne Libre“, die Deutschen würden nicht lange in Frankreich weilen und hätten lediglich Ja oder Nein zu sagen, sagt der „Vorwärts“, daß wenn diese Meldung richtig sei, sie selbstverständlich auch auf die Dispositionen der deutschen Regierung ihre Nachwirkung haben müßte. Um einen Waffenstillstand entgegenzunehmen, genüge es, einen zuverlässigen Kurier nach Versailles zu schicken. Man werde dann in Deutschland darüber beraten können und vielleicht zu dem Mittel einer allgemeinen Volksbefragung greifen, um die Meinung des Volkes selbst darüber festzustellen.

Paris, 21. April. Der sozialistische Kongress wurde heute eröffnet. Henderson forderte, daß der Friede ein Frieden der Gerechtigkeit und nicht der Macht sei. Wir verlernen, sagte er, nicht die Opfer, die Frankreich gebracht hat. Wir lassen seiner Tapferkeit Gerechtigkeit widerfahren, man darf jedoch den Krieg nicht missbrauchen. Der frühere Präsident der Labour Party, Barby, gab eine entsprechende Erklärung ab.

Die französischen Sozialisten und die Friedensfrage.

Berlin, 19. Febr. (Privatmeldung.) Die sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer erwogen einer Genfer Resolution der „B.“ zufolge sehr ernsthaft den Plan, ihre Mandate sofort niederzulegen und die Kammer zu verlassen, um wegen der Verweigerung der Auskünfte über den Frieden gegen die Regierung zu protestieren, und um jede Mitverantwortung am Friedensschluß abzulehnen. Die Mehrheit der Kammer beschloß nämlich, sich bis Mitte Mai zu betragen, d. h. nach der unmöglichen Unterzeichnung des Friedensvertrages, jedoch eine parlamentarische Beeinflussung des Friedensvertrages tatsächlich nicht mehr möglich wäre. Die Sozialisten verpönten sich von ihrer Aktion selbst nicht sehr viel, glauben aber doch, die Ersäuerung der Regierung und die Kammerwahlen damit beschleunigen zu können.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Basel, 19. April. (Privattelegramm.) Die „Daily Mail“ meldet: Die Pariser Militärkonferenz hat in ihrer letzten Sitzung in der Frage der Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen einen Beschluß gefaßt. Man einigte sich dahin, diese Frage nur in englischer Fassung mit der deutschen Delegation in gemeinsamer Sitzung zu erledigen.

Die Lage in Bayern.

München, 21. April. (Mittagsmeldung.) Größere gemischte bayerische und württembergische Truppenverbände besetzten am 1. Osterfesttag die Stadt Augsburg. Infolge des Widerstandes der Kommunisten kam es zu Straßenkämpfen, wobei es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Toter und Verwundeter gab. Neben Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt.

Augsburg, 19. April. (Mittagsmeldung.) Die „Schwäb. Volkszeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei Bayerns, in deren Schluß es heißt: Arbeiter und Angestellte! Was verdient eine Regierung, die Euch in den Abgrund führt, obwohl sie am russischen Beispiel lernen kann, wie der Abgrund zu umgehen ist? Den Galgen! Weil das sozialistische Ministerium Hoffmann nicht verantworten kann, das bayerische Volk an der russischen Warnung vorbei in den Abgrund zu führen, weil es der größte Selbstverleugung ist, von der Ratifikation des Heil zu erwarten, weil kein politisches System, es heißt Volks- oder Mätereipolitik, die Wirkung des vierjährigen Weltkrieges von heute auf morgen aus der Welt schaffen kann, weil und nur die gemeinsame Hingabe aller an die schaffende Arbeit zu retten vermag. Darum ist das sozialistische Ministerium Hoffmann gegen die Mätereipolitik Arbeiter und Angestellte! Stellt Euch hinter das sozialistische Ministerium, damit es seine Arbeit ungehindert weiter führen kann. Prüft die Führer, denen Ihr folgen sollt. Trebet geschlossen der sozialdemokratischen Partei bei. Ihr werdet dann aus der Enttäuschung Eures freien Gewissens heraus der Führung des sozialistischen Ministeriums folgen: Für den Käsegeheimen, gegen die Mätereipolitik!

München, 19. April. (Mittagsmeldung.) Die Besetzung in München haben die russischen Gefangenen im Lager von Buchheim in Freiheit gesetzt und bewaffnet. In München steht eine russische Wache am Bahnhof auf.

Berlin, 19. April. (Mittagsmeldung.) Nach einer Drahtmeldung des „Vorwärts“ wurden 600 Mann der nach Tabora verlegten Regierungstruppen von 1500 Mann der Münchener Roten Garde angegriffen. Am Vergleichsweg wurde vereinbart, daß die Parteien auf ihre Ausgangspunkte zurückgehen sollten. Unter Verstrickung sich der Befehlshaber der Roten Garde eine volle halbe Stunde vor Ablauf der vereinbarten Frist Maschinengewehrfeuer auf die Regierungstruppen eröffneten. Auch gingen die Leute der Roten Garde unter dem Ruf: „Nicht schießen!“ gegen die Regierungstruppen vor, schossen dann aber selbst. Die Regierungstruppen wurden unter Verlust von 150 Mann zurückgenommen. Danach ist jetzt in der Hand der Roten Garde.

Dernburg Finanzminister.

Berlin, 20. April. (Mittagsmeldung.) Der Reichspräsident vollzog heute die Ernennung des Staatssekretärs a. D. Dernburg zum Reichsminister der Finanzen. Dernburg wird gleichzeitig das Amt des Vizepräsidenten des Reichsministeriums übernehmen.

Enteignung der Luruswohnstätten in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 20. April. (Mittagsmeldung.) Ein Gesetzentwurf über Volkshausentnahmen sieht die Enteignung aller Luxuswohnstätten wie Paläste und Schlösser Privater zur Unterbringung von Invaliden, Kranken, Genesenden, Hilfsbedürftigen und Jugendlichen vor.

Streikbewegung.

Bremen, 19. April. Die Arbeiter des hiesigen Gaswerkes haben heute beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Die Arbeiter des Wasserwerkes lehnten die Beteiligung ab. Die Straßenbahnangestellten sind, wie die „Bürgerzeitung“ berichtet, über den Streikbeschuß sehr erbittert. Heute früh wurde beschlossen, sofort in den Abwehrstreik einzutreten.

Berlin, 19. April. Beilegung des Streiks in der Metallindustrie. Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer haben am 18. April erneut Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und der Vertretung der im Ausland befindlichen Angestellten stattgefunden. Nach fünfstündiger Verhandlung gelang es schließlich, im Wege beiderseitigen Entgegenkommens eine beide Teile befriedigende Regelung des Arbeitsverhältnisses zu finden.

Bremen, 20. April. Nachdem gestern um 2 Uhr die Gasarbeiter dem Generalstreik angeschlossen hatten, ist am Osterfesttag der allgemeine Bürgerstreik eingetreten. Neben Bremen ist der verhängte Belagerungszustand verhängt worden.

Dr. I. Mai in Frankreich.

Paris, 21. April. Der Gemeinderat der Stadt Paris nahm angelehnt des Tages der Alliierten den 1. Mai 1919 als Feiertag an. Die Eisenbahner beschloßen, vom Generalstreik am 1. Mai Abstand zu nehmen, indem eine Solidaritätskundgebung zu veranstalten und für den Zentralverbanden und Depotdienst außer für Stammbüchlein, die zu beimgaben Reparaturen benötigt werden, eine ständige Arbeitsstellung anzunehmen.

Die alte und die neue Schule.

Von Dr. Dielesfeld, Baden-Baden.

In der badijschen Nationalversammlung sind in der Schulfrage fast keine bestimmte Richtlinien festgelegt worden; auch die Reden der verschiedenen Parteiführer ließen eine eingehende Behandlung dieser Frage vermissen. Es wird den Gemeinden überlassen bleiben, wie sie ihr Schulwesen einrichten wollen. Deshalb ist es endlich besonders vor den kommenden Gemeindevahlen an der Zeit, die Schulfrage zu behandeln.

Die Schule ist ja einer unserer Programmpunkte und so wohl für die körperliche, geistige und moralische Entwicklung als auch für den ökonomischen und wissenschaftlichen Fortschritt, also für die gesamte Zukunft der Menschheit von ausschlaggebender Bedeutung. Leider kann bei dem sehr beschränkten Raume unseres Blattes von den ungeheuren, alle geistigen Gebiete umfassenden Aufgaben der Schule nur ein flüchtiges Bild entworfen werden.

I.

Sehen wir uns zunächst die Schule an, wie sie bisher im Sinne des Dreiklassenstaates eingerichtet war. Die Schulen scheiden sich in Elementarschulen (Volksschulen und Vorschulen für die Mittelschulen), Mittelschulen (Realschule, Gymnasium, Höhere Mädchenschule) und Hochschulen (Universität, Polytechnikum, Akademie).

Die Trennung der Kinder vom jugendlichen Alter an durch Aufnahme der reichereren Klassen in die Vorschulen für die Mittelschulen, der Armen in die Volksschule geschah von Seiten der herrschenden Klasse in äußerst kurzfristiger Weise. Der Klassenhaß, anstatt durch das Zusammenleben und Anfreunden der Kinder der verschiedenen Stände gemildert zu werden, wurde dadurch schon bei den Jünglingen künstlich gesüht. Der hauptsächlichste Mangel, der aus der Schöpfung der Elementarschule erwächst, ist aber der, daß die Volksschule keinen direkten Übergang in die mittleren Schulen hat. Wenn es sich daher herausstellt, daß ein Volksschüler begabt ist, muß er, falls seine Eltern nicht über genügend Mittel verfügen, ihn durch Privatunterricht in die Höheren, die nicht in der Volksschule, wohl aber in den unteren Mittelschulklassen gelehrt werden, einführen lassen, als 13 oder 14jähriger mit den Jüngeren Sextanern dieselbe Bank einnehmen. Dafür werden er und seine Eltern sich kost immer bedanken. Infolge dessen wird der begabte und strebsame Schüler der Volksschule an seiner weiteren geistigen Entwicklung fast ausnahmslos verhindert, und er, der vielleicht ein hervorragender Förderer der Wissenschaft oder Industrie geworden wäre, verflummt im Handwerk oder an der Maschine.

Zweck und Folge der Trennung der Elementarschulen ist es auch, daß die herrschenden Stände kein Interesse daran haben, daß in der Volksschule mehr gelehrt wird, als für einen Handarbeiter erforderlich ist, und zur Erziehung zu einem staatsverhaltenden Untertan angeeignet erscheint. Was daher der Volksschüler lernt, ist keineswegs ausreichend und meist minderwertig, besonders in den ländlichen Schulen. Die große Anzahl der Schüler in den einzelnen Klassen und die Zusammenwürfelung der verschiedenen Klassen in den ländlichen Schulen machen dem Lehrer einen systematischen Unterricht und ein Individualisieren (die Rücksichtnahme auf die Begabung des einzelnen Schülers) unmöglich. Diese Erziehung bildet tieflassende Gegenstände im Volke aus. Die Gebildeten denken ganz anders als das werktätige Volk. Wenn auch ein Arbeiter durch Fleiß und Intelligenz sich ein hohes Maß von Wohlstand angeeignet hat, viel mehr als ein großer Teil derjenigen, die höhere Schulbildung genossen, so wirkt er doch häufig im leichten Streifen durch seine verkehrte Anschauung der Fremdwörter lächerlich. In Wirklichkeit haben die Gebildeten zu diesem Laßen kein Recht, sondern hätten allen Grund, über ihre ungerade Bevorzugung gegenüber einem an Intelligenz ihnen mindestens gleichstehenden Mitmenschen zu eröden. Jeder wohlmeinende Gebildete wird auch mit Scham die beweglichen Klagen des Arbeiters darüber vernehmen, wie unwissend und schlecht er aus der Schule, besonders der Dorfschule, entlassen wurde, und wie unendliche Mühe es ihm gekostet, sich einige Kenntnisse und eine Lebensauffassung zu verschaffen.

In den Mittelschulen ist das Unterrichtsmaterial ein viel umfassenderes. Aber vieles wird nicht richtig gelehrt. Ich erinnere hier nur an die Art des Unterrichtes in Sprachen, Literatur, Geschichte, Religion und Naturwissenschaften und komme auf Einzelheiten noch später zurück. Dadurch wird das Gehirn mit einem Ballast beladert, den es später vergebens wieder abzuladen vermag. Dasselbe bleibt als latentes (verborgenes) Wissen in den Gehirnen eingelagert; und da dieselben je nach der Güte des Gehirns mehr oder weniger für Wissen aufnahmefähig sind, bleibt kein Platz für anderes Wissen bei den nur mittelbegabten Schülern übrig. Daher die Weltfremdschheit, Zerstreutheit und Einseitigkeit bei vielen Gelehrten (Gelehrter-Verkörperer). Außerdem ist die Einprägung dieses Wissens eine Zeitverschwendung.

Mit den sogenannten Höheren Länderschulen steht es noch schlimmer. Die ganze Ausbildung ist eine oberflächliche. Man lernt zwar Literatur, Geschichte, Naturwissenschaft; aber Alles tendenziös gefärbt und ionagen zu dem Zweck, um damit in der Konversation d. h. in Gesellschaften glänzen zu können. Ein inneres Vertiefen in eines dieser Gebiete ist meist ausgeschlossen.

In den Sozialkassen ist Vieles besser; doch das Claque- wesen der Professoren und die Notwendigkeit, seine Fortbildung als Profstudium hauptsächlich für das Examen einzurichten, sorgt auch hier hinreichend dafür, daß nicht alle Bäume in den Himmel wachsen.

Nun noch einige Worte über den Lehrerstand. Derselbe ist in 3 oder 4 Klassen eingeteilt, deren höherstehende über die niedrigeren sich völlig erhaben fühlen. Der Universitätsprofessor glaubt aus ganz anderem Holz geschnitten zu sein, als der Gymnasialprofessor; dieser dünkt sich mehr als der Reallehrer und alle drei sehen den Volksschullehrer, der nur Seminarbildung hat, als ganz minderwertiges Glied im Lehrkörper an. Die Stellung des Volksschullehrers war im Kaiserreich auch sonst keineswegs beneidenswert, zunächst in seiner Entlohnung, die den Durchschnittslohn eines Arbeiters kaum überstieg; sodann aber dadurch, daß er nicht lehren konnte, wie er wollte. Schon bei seiner Seminarbildung spielten die Geistlichen die Hauptrolle, und sie und der Klassenstaat sorgten dafür, daß nach dem Säkularismus nur das Staats- und Religionsverhaltende unterrichtet werden konnte. Säkularistische Visionen in den Schulstunden und bereitwillige Entgegennahme von Beschwerden reaktionärer Eltern machten es dem Lehrer unmöglich, so zu lehren, wie er sich gedreht hätte. Der Erfolg war Scheitern und Unzufriedenheit bis zum Lebensüberdruß. Dabei steht in dem Volksschullehrer und der Lehrerin trotz dieser Unterdrückung ein großer Wissensdrang und Liebe zum Beruf; und wenn der Mittelschullehrer, das durch seine Universitätsbildung auch an Kennen d. h. Wissen überlegen ist, so ist der Volksschullehrer wieder an Können, d. h. an Verständnis, die Jugend zu unterrichten, überlegen. (Fortsetzung folgt.)

Die Gemeindewahlen.

Sozialdemokratische Gemeindefreierpolitik.

Der Krieg hat nicht nur den Staat, sondern auch die Gemeinden verschuldet. Zur Tilgung dieser Schulden, wie zur Erfüllung neuer Aufgaben, brauchen die Gemeinden für die Zukunft große Mittel. Die Sozialdemokratie muß an der Beschaffung dieser Mittel arbeiten, nicht durch feindliche Schikanierungssteuern, sondern durch eine großzügige Steuerreform, die sich vor allem auf dem System einer progressiv steigenden Einkommensteuer aufbaut. Die kleinen Löhne und Gehälter sollen freibleiben oder nur wenig belastet werden. Um so stärker sollen die hohen Gehälter und Einkommen zur Steuer herangezogen werden. Ein Beispiel, wie diese Reform gedacht ist, wird uns aus Elberfeld mitgeteilt.

Im Jahre 1914 waren in Elberfeld veranlagt 42 140 Steuerzahler mit einem Einkommen von 900 bis 3000 M. Sie zahlten durchschnittlich an Staatssteuern pro Kopf 17,90 M. Dazu kamen dann, wie auch bei allen folgenden Stufen, die Gemeindeumlagen. Mit 3000 M. Jahreseinkommen kann man heutzutage kaum sein Leben fristen. Eine sozialdemokratische Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung würde diese Steuerlast unbedingt von Abgaben freilassen. Um so mehr, als die Veranlagung dieser kleinen Einkommen viel Arbeit verursacht und im Verhältnis dazu wenig einbringt.

Dann hätte Elberfeld 4014 Steuerzahler mit einem Einkommen von 900 bis 6500 M. Diese zahlen gegenwärtig durchschnittlich 100 M. Staatssteuer. Eine sozialdemokratische Mehrheit würde diesen Steuerzahler etwa unverändert lassen. 740 Steuerzahler mit einem Einkommen von 6500 bis 9500 M. zahlen gegenwärtig durchschnittlich 215 M. Staatssteuern. Auch diese Steuer könnte so bleiben oder bei der oberen Hälfte dieser Einkommen etwas heraufgesetzt werden. 941 Steuerzahler mit einem Einkommen von 9500 bis 30 500 M. zahlen gegenwärtig durchschnittlich 500 M. Staatssteuern. Damit werden sie bei einer sozialdemokratischen Mehrheit nicht befreit, sondern ganz erheblich mehr zahlen müssen. Besonders kräftig aber würde die die 287 Steuerzahler mit einem Einkommen von 30 500 bis 100 000 M. jährlich erlassen, die bisher durchschnittlich 1700 M. Staatssteuern zahlten. Diese im Verhältnis zum Einkommen lächerlich geringe Steuersumme ist geradezu ein Skandal. Eine ganz große Summe aber würde die Sozialdemokratie von den 70 höchsten Steuerzahlern mit einem Einkommen von mehr als 100 000 M. herausheben. Diese 70 haben durchschnittlich ein Einkommen von 207 000 M. und zahlen davon durchschnittlich im Jahre an direkten Steuern ganze 8200 M. Diese letzte Gruppe könnte mit Leichtigkeit 100 000 M. pro Kopf mehr aufbringen, ohne daß einer dieser reichgelegenen Mitbürger sich deswegen persönliche Einschränkungen aufzulegen brauchte. Was ihnen verbliebe, genügte immer noch zur Bezahlung auch der mächtigsten Scheidhandelspreise. Und die Stadt hätte dabei

Bollmanns Ostereier.

Humoreske von Th. Thomas.

„Na, endlich was Vernünftiges,“ jubelte August Bollmann, als er in seinem Vestibül-gelächte hatte, daß seit dem 1. April die öffentliche Bewirtschaftung für Eier aufgehoben sei, „das ist mal ein Lichtblick. Zudem, nun gibt's aber mal einen Eierhändler, der nicht von schlechten Eltern ist.“ Babette Bollmann hobte sich währenddem mit der Stricknadel in den Zähnen. Dabei sah sie ihren Mann von der Seite an. Sie hatte nicht begriffen, was er meinte. „Gud nich' so dämlich; die Eier sind wieder frei, sie brauchen nicht mehr gegen Karten bezogen zu werden, verstanden denn das nicht?“ Und als sie ungläubig aufschau: „Wo: nu hör mai zu: jeder kann jetzt Eier haben so viel er will.“ Babette verzog nun das Gesicht, als ob sie einen ganzen Eierkuchen vor sich stehen hätte, dann aber ging ihr ein Gedanke durch das Hirn: „Da wer ich doch gleich mal rüber zu Krause gehn und mir eine Mandel bestellen. Paß mal auf, all das Bad wird sich uff die Eier stützen. Paß doch g'wiss doch wieder keene.“ Sprach's und stand auf. Er aber ergriff wieder das Wort: „Dummes Zeug, wo sie doch frei sind, trüher ja, aber jetzt?“ „Besser ist besser, ich geh hin. Man weech nich, zu was es gut ist.“ Schon hatte sie ihre Samstagsche im Arm und das Kaputtbüchlein auf den Wilhelm gelegt. Drüben beim Eiermann gab es rührende Familienregenen. Dort fand sie so ungefähr zwei Dutzend Frauen — bloß Eier waren keine da. Der arme Händler stand vor seiner Ladentheke und schaute vor Aufregung. „Wo passen Sie uff,“ das erkälte er nun zum hundertsten Male, „ich komme hin zum Markt, aber moenen Sie, es wären Eier dabeigewen? Ja, Wiepe, wenn ihr Eier haben wollt, dann holt se euch, wir kriegen se aus der Hand gefressen, sagten die Bauern.“ „So 'ne Gemeinheit, so 'ne Schandale, das ist Schindluder gepiekt,“ schrien die Frauen, und Babette Bollmann gaderie so lebhaft, daß ihr Kaputtbüchlein auf dem Kopf saß, sie schwenkte die Samstagsche wie eine Handgranate.

das Vergnügen, 7 Millionen Mark mehr im Jahre mühe- los einzuheimen.

So wie dieses Verhältnis, wird es ähnlich in den meisten Städten ansiehen. Unsere Genossen in den Kommunalvertretungen werden überall die Steuererhältnisse genau zu untersuchen haben. Die armen Teufel wissen ja meist garnicht, daß man auch bei den direkten Staatssteuern mit ihnen Schindler getrieben hat. Ganz abgesehen von der Veranlagungsmethode, die darauf hinauslief, daß von dem Einkommen des Arbeiters durch die Anleihe des Unternehmers jeder Pfennig erfährt wurde, während die Reichen das Vorrecht ausnutzten, nach Lust und Liebe Steuern zu zahlen.

Der Wahltermin in Baden-Baden.

Nach dem nunmehrigen Beschluß des Stadtrates sollen die Gemeindevahlen in dieser Stadt am Sonntag, 11. Mai, stattfinden. Es sieht uns also nur noch wenig Zeit zur Verfügung und es ist deshalb Pflicht jedes Genossen, mit doppelter Energie für unsere Sache zu werden. Nach Lage der Dinge sind die Aussichten für unsere Partei günstig, doch dürfte es gefährlich sein, allzu optimistisch zu sein, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß die Wählerkraft den Gemeindevahlen immer noch nicht das Interesse entgegenbringt, das ihnen zukommt. Das bisherige Abstimmungsverhalten hat gerade unsere Partei auch hier besonders benachteiligt und uns zur Einflusslosigkeit verdammt. Wir hatten deshalb vielfach berechtigten Klagen über unser Rathaus. Wir werden dazu in Zukunft kein Recht mehr haben, wenn wir nicht unsere volle Pflicht tun bei den kommenden Gemeindevahlen. Denn mit dem gleichen Wahlrecht haben wir das Werkzeug, das uns die politische Macht erobern soll und muß.

Sorgen wir dafür daß der Geist der neuen Zeit endlich auch auf dem Badener Rathaus einzieht und sich dort ausbreiten kann. Ein Ziel, das der Arbeit lohnt. Deshalb auf, Genossen und Freunde, an die Arbeit! Nur Arbeit verspricht vollen Erfolg.

Rätekongreß.

(Schlußführung.)

Berlin, 14. April 1919.

Nach der Nachmittags-Sitzung wurde die Besprechung der Sozialreformfrage fortgesetzt.

Uffo, Schulze-Pannover (Soldatenfraktion) verlangt die sofortige Sozialisierung der militärischen Betriebe und Werkstätten, die dazu reif seien.

Angel (Dem.) erklärt, daß in der Resolution Kautskys manches enthalten sei, was seine Fraktion unterschreiben könnte; vieles aber erwecke Bedenken. Zu bedenken sei vor allem, daß Kautsky einen Trennungsschnitt zwischen dem klassenbewußten Proletariat und den übrigen Schichten ziehe.

Es erhob sich dann an Stelle Kautskys Dr. Hilferding das Schlusswort: Unser Ziel ist auch die Klassenveränderung; sie ist aber nur durch Abschaffung der Klassen möglich. Die bürgerliche Politik ist nicht imstande, Ordnung in das Wirtschaftsleben zu bringen. Es ist richtig, daß Kautsky und ich vor Heberstranzung gewarnt haben. Die Regierung hat aber nichts getan, und dadurch ist die Gefahr der Heberstranzung entstanden, weil die Ungebildeten der Massen wächst und die Unorganisierten stürmisch drängen.

Die Anträge werden dem Zentralrat übergeben. Es folgt die Beratung der Anträge über die auswärtige Politik. Kautsky spricht für eine Politik der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich und verlangt einen unumwundenen Verzicht auf Elsass-Lothringen, da die Bevölkerung französisch gefimmt sei. Ergaberger und sein Organ, die Massenstillstandskommission, betreiben systematisch eine unerantwortliche Hebe gegen Frankreich. Der Redner ist der Meinung, daß Clemenceau und Poincaré keineswegs deutschfeindlich seien und daß England die Schuld an der Aufrechterhaltung der Modade trage. Einen von ihm gestellten Antrag zieht er zurück.

Der Antrag, der sich gegen die auswärtige Politik der Regierung und gegen Ergaberger richtet und auch die sofortige Veröffentlichung des Kautskymaterials über die Vorgesichte des Krieges fordert, wird von beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Abgelehnt wird dagegen der Antrag, der die Abberufung eines Teils der Mitglieder der Friedenskommission, darunter insbesondere die Dr. Davids, fordert. Es folgt die bereits mitgeteilte Wahl des neuen Zentralrates. Der Kongreß wird hierauf kurz vor 8 Uhr mit einem Hoch auf den weltbestehenden Sozialismus geschlossen.

Aus dem Kommunalverbandsauschuß Durlach.

r. Durlach, 9. April. Vor einigen Tagen wurde die Einwohnerschaft mit der Mitteilung überhäuft, daß es in der Folge nicht mehr möglich sein wird, an alleinstehende Personen ohne eigenen Hausstand Lager mit zu verabfolgen und an weiteren Zu-

teilungen Kürzungen vorgenommen werden müßten. Die Begründung für diese Maßnahme wurde dem Ausschuß des Kommunalverbandes in seiner gestrigen Sitzung gegeben, sie ist auf die schlechte Anlieferung der Produzenten zurückzuführen. So wird mitgeteilt, daß beispielsweise der Bezirk Breiten kaum 80 Prozent seiner Solllieferung mehr aufbringt, in anderen Bezirken liegt es ähnlich. Wenn auch nicht verlangt werden soll, daß die Verminderung des Viehbestandes, der große Mangel an Kraft- und sonstigen Futtermitteln die Milchproduktion stark beeinträchtigen, so ist andererseits aber insbesondere der Schleichhandel und nicht zuletzt der passive und aktive Widerstand der Landwirte für den Verderb — denn etwas anderes ist es nicht, wenn man unseren Kleinen das Notwendigste systematisch entzieht — verantwortlich zu machen. Zur Ehre der gewissenhaften Landwirte sei gesagt, daß es auch noch Gemeinden gibt, die noch über das Soll hinaus Milch zur Abgabe bringen, aber gerade dieser Umstand beweist, daß die Gewährlosigkeit eine nicht untergeordnete Rolle bei der ganzen Sache spielt. Der Kommunalverband wird versuchen, mit einigen tausend Tönen Büchsenmilch die Härte zu mildern d. h. soweit dieses mit den beschriebenen Vordaten möglich ist.

Über den in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangenden Jahresausweis aus Heresbeständen wurde mitgeteilt, daß den Stämmen Hoes und Ederer insgesamt ca. 16 500 Liter überwiesen wurden, welche diese Mengen an „ihre Kundhaft“ abzugeben haben wird. Die Wirte sollen im Kleinverkauf diesen Wein zum Preise von 1 M. pro Viertel abgeben. Auf den ersten Blick treten einem hier all die Mängel vor Augen, welche einer Verteilungsmethode anhaften und anhaften müssen, bei welcher der private Handel seine Hand im Spiele hat und zu allem Überflusse kommt hinzu, daß dem Kommunalverband als Lieferungsverpflichtete jede Lieferverpflichtung des Abgabes, soweit der Absatz an den Konsumenten in Frage kommt, unmöglich gemacht wird, denn erstens soll der Wein seitens der Weinbändler auch außerhalb der Gemeinde abgesetzt werden können und zweitens dürfte es unmöglich sein, die Wirt.e beim Verlaufe in ihren Lokalen zu überwachen. Was unter den gegebenen Verhältnissen zu tun möglich ist, soll getan werden, insbesondere soll von den Weinbählern der Nachweis über den Absatz geführt werden.

Der Bedarf an Saalkartoffeln ist noch keineswegs gesichert, insbesondere sollte die Frühkartoffeln. So lautet der Bericht in dieser für die Ernährung so wichtigen Frage. Schuld ist, daß die Kartoffeln aus Norddeutschland bislang der unzureichenden Verkehrsverhältnisse wegen nicht angekommen sind. Mit den Verbrauchskartoffeln ist es ebenso schlecht bestellt, doch hofft man auf eine bessere Zufuhr aus den Landbezirken nach Beendigung der Kartoffeljaat. Hoffen wir, daß es so sein möge.

Mit der Zuderberverorgung steht es so, daß zwar die Abgabe von Zuder an die Marmeladefabriken eingeschränkt bzw. gänzlich aufgehoben, daß aber andererseits auch Einmagerer an die Bevölkerung nicht abgegeben werden können. Eine trüben Verhältnisse sollen in erster Linie mit dem geringen Ertrag der letzten Zuderernte und auf die Befragung des linken Rheingebietes zurückzuführen sein. Der Bevölkerung wird es unverständlich erscheinen, daß, nachdem der Bedarf des Meeres und die Abgabe an die Marmeladefabriken in Regell kommt, für das Volk nichts übrig bleiben soll. Aufklärung von maßgebender Seite ist dringend notwendig. Dem Konsumverein wird der Bezug des Verbrauchsgutes und der Kasse-Ergebnisse durch seine engere Einkaufszentrale — die Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine — ermöglicht und wird hiermit einem längst gehegten Wunsch der organisierten Konsumenten Rechnung getragen.

In der Fleischverorgung, die von Woche zu Woche schlechter wird, tritt infolgedessen eine Neuerung ein, daß für den Bezug von Pferdefleisch ebenfalls Stellen zur Einführung gelangen und außerdem die hiesigen Schlachtungen der Bevölkerung gesichert werden sollen.

Schließlich möchte noch zu sagen, daß auch das Brotteuerer wird und zwar beträgt der Preis für den 3-Pfund-Lohn in Zukunft 81 Pf., statt wie bisher 77 Pf. Es bedurfte aller Anstrengungen unsererseits, um es bei der Steigerung um 4 Pf. belassen zu lassen, da die Vertreter des Widerstandes sich hartnäckig auf eine Erhöhung um 5 Pf. verließen hatten. Dabei wurde mit Recht hervorgehoben, daß die unproduktive Art der Brotverteilung in den Läden von Zuebergelassen nicht der Grund sein können, die Konsumenten ungebührlich zu belasten, und auf diesem Gebiete wird es Aufgabe der Konsumvereineorganisation — des Konsumvereins — sein, um diese Zustände durch Errichtung einer modernen Großbäckerei, mit ebender Hand hincinzuführen, um einer solchen wieder Verwendung von Geld, Zeit und Kraft ein Ende zu machen. Die deutsche Wirtschaft kann sich einen solchen Luxus für die Folge nicht erlauben, will sie überhaupt Anspruch darauf erheben, jemals wieder eine Wirtschaft zu werden. Mögen also die Konsumenten die Zeichen der Zeit verstehen.

Gott, für eine Mark das Ei — wer will es ihnen übel nehmen?

August war den meisten um eine Pferdendele voraus. Im ersten Hof wäre ihm beinahe ein Reitenhund an die Gurgel gebrungen. Der Bauer schimpfte, tobte und führte sich auf wie ein Besessener, Eier hatte er aber nicht.

Im nächsten Anwesen verlangten sie für ein Ei die beabschiedene Summe von einer Mark dreißig Pfennige, oder für das Duzend ein Paar Lederstübe. Jetzt bekam es August aber wirklich mit der Angst zu tun. Während zu werden, dazu war er zu feig. Er kaufte hier zwei Stück der kostbaren Eier gab. Um 1/2 Uhr besah er vier — um 3/4 Uhr fünf im Gesamtwert von 5 Mark 90 Pfennig. Um nicht umsonst gefahren zu sein, ging er zu dem Bauer, der ihm ein Duzend angeboten hatte, zurück, aber das war längst lustlos.

Untenwegs traf er einen, der trug 55 Eier im Sack, für die er 110 Mark bezahlt hatte. Eine Frau im Abteil prunkte, sie habe sogar 63 für 125 Mark. Geld spiele keine Rolle, nun wollten sie feste Eier kaufen und wenn das Stück einer Taler koste.

Er aber besah stieren Stück, mit Fahrt und Spesen zusammen im Wert von 17 Mark 41 Pfennige. Zu Hause land August nur noch sechs, das siebente war zum Rückauf herausgelauten.

Gebrochen legte er sich auf seinen Stuhl. Dann tat er einen tiefen Seufzer, endlich sagte er: „So viel Lärm um einen Eierkuchen... Babette, früher worch' schöner. Da hat man wenigstens etwas bestimmt gekriegt, aber jetzt?“ Sie seufzte nur.

Seit diesem Handel ist August Bollmann ein warmer Freund der öffentlichen Bewirtschaftung geworden. „Einesfalls der Eier wegen...“

Mit Entsetzen denkt er daran, daß eines schönen Tages noch andere Waren „freigegeben“ werden. Er hat an dieser einen Probe genug.

Sein Ojeteri war ihm gehörig verlasen — uns auch.

„Ja, nun bin ich selber los bei die Bauern jenseits gestern, was meenen Sie, was die da draußen haben woll'n vor so'n lumpiges Ei? Im großen gekooft eine Mark; ich läge nicht, eine ganze Mark. Mit meine Unkosten läm mich selber so'n Ding auf fünfzehn Groschen. Aee, da hau ich ab, hab ich gesagt.“

Neuer Sturm unter den Anwesenden. Langsam drängt alles auf den Unglücklichen los.

„Bringt mich nur nich' nun, wo soll ich denn die Eier her kriegen?“ „Gäh? Die Stadt gibt doch keine mehr raus, weil se doch freigegeben sind. Jawoll, freigegeben.“ Er fuchtelte mit den Händen.

„Nu geist doch, daß ihr was könnt, ihr habt doch immer gesagt, der freie Handel schafft was ran,“ rief eine Frau, „man los, Eier her, soll'n denn nu gar keine bekommen?“

„Zeh hab keine uff mei Ehrenwort. Aee. Zeh hab geblitt und gebettelt, die Bauern hamn bloß gegrint. Aee, nee.“

Aber die Frauen glaubten ihm nicht.

„Welke, die anderen, die kriegen sie hinterrum ins Haus gebracht, bloß wir nicht.“

„Aber Frau Bollmann, ich verflüchere Sie...“

„Nicht will ich hören, ihr steckt alle unter einer Decke, ich wer uns selber welche beschaffen.“

Während schimpfte sie die Rabentür hinter sich ins Schloß. Zu Hause schimpfte sie: „Früher hat man wenigstens alle vier Wochen ein halbes Ei bekommen, jetzt aber...?“

August tröstete sie: „Babette, ich hol se dir, verlaß dich drauf, ich hole sie dir.“

Am andern Sonntag früh sah August mit einem Rejoanzworts: Mutter gestorben in der Bahn. Fahrziel: Mittelfriedrichsdorf. Fahrzweck: Eierhandel.

Er blieb nicht der einzige, den das kleine Dorf Kirchheim mit seinen Mollkuben empfang. Wohl zwei Duzend waren an der Station ausgestiegen und liefen — ach was — rannten, stürzten dem Verkäufer zu; sogar das liebe Herdvieh, das bisher saul blinzeln am Wege gefressen hatte, klatterte auf.

Nur zwei Bühner blieben sitzen; das Hühnen welche zu sein, die die Verordnung über den freien Eierhandel kannten, sie sahen recht herausfordernd die Ankommenden an. Bieher

Baden.

* Ettlingen, 21. April. Die Kriegsinvaliden des Kaiserbelagerungs-Ettlingen haben die Regierung 12 Forderungen überreicht...

* Offenburg, 20. April. Vor acht Tagen hielt der hiesige Witwenverein (wie bereits berichtet wurde) eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: „Witwenpreis-Erhöhung“.

* Offenburg, 21. April. Am letzten Donnerstag führte der 30 Jahre alte Rangierer Hermann Paffner von einer im Gange befindlichen Maschine ab, wurde überfahren und sofort getötet.

* Konstanz, 21. April. Dem militärischen Grenzschutz gelang es dieser Tage wieder, mehrere Schmuggler festzunehmen. So wurde bei Danden ein Zigarettenfestgenomme, der verurteilt, 19 000 M über die Grenze zu schmuggeln.

* Offenburg, 21. April. Die 14 Landwirte, die Mitte März wegen der in der Presse vielfach erörterten Dauernormen in Offenz unter Aufbietung eines großen polizeilichen und militärischen Aufgebots verhaftet wurden, sind nunmehr, nachdem die gerichtliche Voruntersuchung beendigt ist, aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

* Mannheim, 21. April. Wie uns mitgeteilt wird, ist das amtliche Lebensmittelamt mit dem Reichsamt unterwegs. Das Schiff der Schiffsbahn „Germania 55“, das mit etwa 600 000 Kilogramm Speck beladen ist, ist am 12. April von Nordheim abgefahren.

* Mannheim, 21. April. In der Nacht von Freitag auf Samstag hat der 48 Jahre alte Arbeiter Franz Karl Schmitt seine von ihm getrennt lebende Ehefrau, die 46 Jahre alte Margarete Schmitt geb. Jakob, auf dem Heimwege in Käfertal durch mehrere Messerschläge in den Kopf so schwer verletzt, daß sie bald darauf am dem Weg zum Krankenhaus verstarb.

* Eberbach, 21. April. Am Karfreitag abends ereignete sich bei einer Dienstreife des Vollrates Eberbach ein schwerer Unfall infolge Fahrlässigkeit, bei dem der Landtagsabgeordnete Postl schwer verletzt wurde.

Weitere Einschränkungen des Zugverkehrs. Wegen gänzlichen Ausbleibens der Kohlenzufuhren und wegen des stetigen Rückganges der noch verfügbaren Kohlenvorräte fallen vom 19. April ab die Mannheim-Weimarer Schnellzüge D 87/D 88 aus.

Keine unnötigen Reisen. Durch den ab Mittwoch, 23. April, wegen Kohlenmangels erfolgenden Wegfall aller Schnellzüge wird der Zutritt zu den Erholungszugängen nach verhärtet.

5. Bad. Kältekonferenz. Am 26. April, vormittags 9 Uhr, findet in Durlach die 5. Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Pflanz- und Soldatenvereine Baden statt.

Posthilfsstellen.

Man schreibt uns vom Lande: Während des Krieges ist auf alle Beamtenstellen der Reichspost ein wahrer Segen von Kriegszulagen, einmaligen Feuerungszulagen, laufenden Teuer-

zuschüßungen und Kriegszulagenzuwüßungen herniedergeprasselt, der den Leuten bei Verdienstminderung der jämaler Gehälter, die die Reichspost in Friedenszeiten bezahlte, wohl zu gönnen ist.

Schriftliche und mündliche Gesuche um Erhöhung der Bezüge für die Posthilfsstellen stiegen bei der Post auf hartnäckigen Widerstand. Dazu kommt noch in letzter Zeit, daß die Telefon- und Telegraphenleitungen sehr mangelhaft funktionieren und daß es seit monatelanger Reklamationszeit, vieler schriftlicher und mündlicher Beschwörungen, noch nicht gelungen ist, die Leitungen zu reparieren.

Daß der Posthilfsstelleninhaber auch noch einen freien Sonntag haben möchte, können die Herren oberen Beamten der Oberpostdirektion mit ihrer oft nur sechsstündigen Arbeitszeit nicht befehlen.

Alles in allem reicht die Vergütung der Posthilfsstelleninhaber gerade hin, um ihre Familien zu ernähren. Vielleicht hat jetzt die Post in die Öffentlichkeit den Erfolg, daß die Bezüge für Posthilfsstellen neu geregelt werden und eine anständige Vergütung erfolgt.

Gewerkschaftliches.

Ehren, 16. April. In der letzten Zeit ist den Arbeitern in den Fabriken der Arbeiterschaft ein sehr großes Interesse entgegengebracht worden, das nicht mehr so weiter gehen kann und es nicht mehr möglich ist, die Arbeiterschaft in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Die Arbeitervereine sind nunmehr in der Lage, die Arbeitervereine in der freien Gewerkschaften angegliedert zu werden. Von der Gewerkschaften wurden nun den Unternehmern die Preise eingeleitet, durch Verhandlungen mit den Arbeitervereinen wurde auf Grundlage der Karte jetzt andere bessere Stundenlöhne erzielt.

Die Arbeitervereine sind nunmehr in der Lage, die Arbeitervereine in der freien Gewerkschaften angegliedert zu werden. Von der Gewerkschaften wurden nun den Unternehmern die Preise eingeleitet, durch Verhandlungen mit den Arbeitervereinen wurde auf Grundlage der Karte jetzt andere bessere Stundenlöhne erzielt.

Die Arbeitervereine sind nunmehr in der Lage, die Arbeitervereine in der freien Gewerkschaften angegliedert zu werden. Von der Gewerkschaften wurden nun den Unternehmern die Preise eingeleitet, durch Verhandlungen mit den Arbeitervereinen wurde auf Grundlage der Karte jetzt andere bessere Stundenlöhne erzielt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Kunstgewerbeverein. Vortag über „Das alte und das neue Kurhaus in Baden-Baden“. Der erste Vortagende Herr Reichelt Vitzel, bezieht in seiner Begrüßungsansprache im großen Kurhaussaal am vergangenen Donnerstag die Notwendigkeit, daß sowohl der Staat als die Städte und Private dem Kunstgewerbe Aufträge erteilen, damit es sich von den schweren Schäden der Kriegsjahre wieder einigermaßen erholen könne.

Die beiden großen Kurhäuser des Staates nennt er den Umbau des Kurhauses in Baden, eine Aufgabe, die von dem Redner des Abends in mühseliger Weise geleistet worden ist. Herr Oberbauer Sürgenader hielt sodann einen überaus fesselnden Vortrag über das altmächtige Werden des Kurhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt, den er zugleich zu einem lebensvollen Kulturbild unserer Väterzeit für das vergangene Jahrhundert erweiterte.

Einleitend legte er dar, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Stadt Baden das sogenannte Promenadenhaus für Kurgäste erbaute, infolge seiner Unzulänglichkeit aber einige Jahrzehnte später das ehemalige Jesuitenkollegium (jetziges Rathaus) dafür eingeweiht worden sei. Bei vermehrtem Bedürfnissen wegen des steigenden Fremdenverkehrs erbaute dann Weinbrenner im Auftrag der Regierung 1822-26 das alte Kurhaus, bestehend aus einem größeren Mittelbau, der die Spiel- und Konzertsaal enthielt, einem linken Flügelbau (dem alten Promenadenhaus) mit den Wirtschaftsräumen und einem rechten Flügelbau mit dem Theater.

Literatur. In freien Stunden. Die illustrierte Wochenschrift unserer Partei (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68) beginnt

soeben mit dem Abdruck der Stormsagen Novelle „Der Schimmerleier“, die zu den heroischen und fesselndsten Arbeiten des norddeutschen Dichters gehört. Der Schimmerleier, eine fagenhaft-geheimnisvolle Gestalt an der Wasserlinie, wird uns hier in der fesselnden Lebens- und Liebesgeschichte eines armen Bauernburschen menschlich nähergebracht. Die Novelle vereint in sich alle Vorzüge Stormscher Erzählungsform: herrliche Stimmungsmalerei - hatende Schilderung des in Nebel und Sturm ebenig geheimnisvollen wie gewaltigen Meeres - tiefgründige Seelenkenntnis und dramatische Handlungskraft.

Die heutige Einheitschule und ihre pädagogische Bedeutung von Dr. E. v. Sallwürk (Pädagogisches Magazin, Heft 687). Die vorliegende Arbeit ist zweifellos von hohem inneren Wert für die Förderung der Einheitschule. Sie bietet bemerkenswerte Hinweise für den inneren Ausbau der neuen, werdenden Schule, vor allem hinsichtlich der in der Einheitschule einzuschlagenden Unterrichtsmethode in allen Fächern; wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Arbeit die von allen Einsichtigen längst erkannte, nie genügend betonte Forderung nach Voranstellung der deutschen Sprache als Grundlage der Erziehung des Deutschen in nationaler Hinsicht.

Den Plan für den äußeren Bau, besser Ausbau der allseits geforderten Einheitschule gibt v. Sallwürk freilich nicht, wenn er auch die Grundzüge aus pädagogischen und erzieherischen Gründen für erforderlich hält. Er ist bei aller Schärfe seiner Kritik an den Lehnmethode, der Stoffwahl der bestehenden Schulen ein Befürworter des Kompromisses zwischen diesen und der Einheitschule, ein Reformator des Alten, nicht Aufbauer eines von der Gegenwart für nötig verlangten Neuen, so auch in seiner Stellung zur „Religion und Schule“.

Im Ganzen aber bleibt seine Schrift ein in klarer, leichtverständlicher Sprache geschriebener, Schwierigkeiten klärender, höchst beachtenswerter Beitrag zur Umgestaltung der Erziehung und des Unterrichts.

len, damit sie bessere Löhne bekommen, so hätte er schon längst Gelesenheit gehabt, dies zu tun. Aber man hörte nie etwas von ihm; erst jetzt, wo die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen, glaubt er Quertreibern vornehmen zu können. Die Arbeiter und Arbeiterinnen danken nun aber für seine Hilfe. Sie haben in 4 Jahren Völkermord so viele Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt, daß sie ganz allein wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Bemühungen des Herrn Pfarrers sind also vollkommen überflüssig.

16 Milliarden verstreift.

In vielen Orten Deutschlands loht die Streikflamme. Die Arbeiterkraft wird verhindert, neue Werte zu schaffen. Im Ruhrgebiet werden jeden Tag Millionen von Mark verstreift. Das einzige Zahlungsmittel, das wir für das Ausland haben, die Rohle, wird nicht mehr produziert. Aber wir sollen damit die Lebensmittel bezahlen, die wir so dringend nötig haben. Wenn wir sie nicht mit Kohlen bezahlen können, bekommen wir sie nicht.

Infolge der Streikunruhen sinkt der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben 112 M. deutsches Geld nur noch den Wert von 33,25 Kronen, in Stockholm den Wert von 31,50 Kronen. In der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für einen Kaufpreis von 80 M. 197,50 M. bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 M. bezahlt werden. Das heißt, das deutsche Geld ist auf rund 25 Prozent seines Wertes gesunken.

Daß der Posthilfsstelleninhaber auch noch einen freien Sonntag haben möchte, können die Herren oberen Beamten der Oberpostdirektion mit ihrer oft nur sechsstündigen Arbeitszeit nicht befehlen. Für sie ist die Sonntagsruhe etwas Selbstverständliches, wenigstens alle 14 Tage haben sie einen freien Sonntag.

Arbeiter-Sportbewegung. Staatsunterstützung in Württemberg. Die Arbeiter-Turnzeitung schreibt: Württemberg erhielt die Deutsche Turnerzeitung und der Jungdeutscher Bund in Württemberg je 4800 M. Staatsunterstützung für die Jugendpflege, der Arbeiter-Turnerbund aber nur 1200 M. und das auch nur erst seit Kriegsausbruch.

Arbeiter-Turnzeitung. Zeitschrift zur Förderung des volkstümlichen Turnens. Zentralorgan des Arbeiterturnerbundes. Erschienen ist die Nummer 8 des 27. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Karl Garmisch t. Zum Bundesturntag. Agitation. Im besetzten Gebiet. Rundschau. Berichte.

Soziale Rundschau.

Aus der Handwerkerbewegung. Die Krankenkasse des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerker-Vereinigungen nahm in ihrer Generalversammlung in Konstanz Stellung zur Einführung einer neuen Satzung, die entsprechend der Reichsversicherungsordnung Krankengeld, Vergütung von Arzt- und Apothekerkosten und Sterbegeld gewähren sollte.

Wirtschaftsverband militärischer Hilfsarbeiter. Am Montag, 7. April, tagte im Gasthaus zum „Amalienbad“ in Durlach eine gut besuchte Versammlung des militärischen, inaktiven und zivilen, männlichen Geschäftszimmerpersonals des Generalkommandos des 14. A.-K., sowie der übrigen militärischen Dienststellen Durlachs und Karlsruhe. Zuzugegen waren auch Vertreter der militärischen Geschäftsstellen aus den verschiedensten badischen Orten, darunter Ettlingen und Heidelberg.

Sonderbare Zustände im Lazarett Landesbad in Baden-Baden. Zu dem Artikel unter vorstehender Überschrift in der Nr. 88 unseres Blattes vom 8. April wird uns von Standart-Soldat Franz Baden-Baden geschrieben: Gegenüber Ihrem Artikel stellen wir fest, daß in den Baden-Badener Lazaretten

Die sogenannten alten Zustände nur soweit herrschen, als sie von oben gesteuert werden; wir sind im übrigen fest davon überzeugt, daß in keinem anderen Lazarett Baden die Verhältnisse besser liegen. Es ist unrichtig, daß in Baden-Badener Lazareten das Personal besser versorgt wird als die Patienten. Wenn derartige Dinge hin und wieder vermutet wurden, untersuchten wir derartige Fälle stets mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Auch im Falle des Schwirmer-Hers-Körper liegen sich die ererbten Verwundungen nicht nur nicht erhalten. Zur Zeit wird gründlich unter Mitwirkung des Landes-Ausschusses untersucht, ob in Bezug auf Urlaubverweigerungen oder zu früher Entlassung des A. Verordnungen auf Seiten der Ärzte nachweisbar sind. Für den Standort Soldatenrat V. Baden. J. A. Kemmer.

Die Säubigungsfrist für Schwerebeschädigte neuerdings verlängert. Durch Verordnung vom 1. Februar 1919 hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung bestimmt, daß Schwerebeschädigte im Sinne der Verordnung vom 9. Januar 1918 frühestens zum 15. März gekündigt werden darf. Diese Frist ist inzwischen schon auf den 15. April hinausgeschoben und nunmehr mit Rücksicht darauf, daß es bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch nicht möglich war, die dauernde Weiterbeschäftigung Schwerebeschädigter mit Erfolg sicherzustellen, durch eine neue Verordnung bis zum 1. Juli verlängert worden.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruher Stadt hat mit rund 7500 Mitgliedern ihren Rechnungsabluß für das Jahr 1918 fertiggestellt. Während in den Jahren 1911 bis 1917 mit ansehen den Mehrerträgen gewirtschaftet werden konnte und der Mehrertrag die gesetzlich vorgeschriebene Höhe um einige tausend Mark überschritten hatte, hat das Jahr 1918 mit einem unerfreulichen Abschluß geendet. Dem Mehrertrag fehlen an der gesetzlichen Höhe rund 40000 Mark und die Ausgaben betragen gegenüber den Einnahmen ein Mehr von rund 62000 Mark, wobei ein Jahresende noch unbezahlte Rechnungen von über 12000 Mark vorliegen. Man kann also ruhig sagen, das Jahr 1918 hat mit einem Defizit von weit über 60000 Mark abgeschlossen. Der ungünstige Abschluß ist in erster Linie auf die im Jahre 1918 zweimal aufgetretene Grippe-Epidemie zurückzuführen. In zweiter Linie machen sich die Folgen der Kriegsjahre und der allgemeinen Unterernährung sehr bemerkbar.

Daneben haben aber auch alle sonstigen Ausgaben infolge der Teuerung bedauernde prozentuale Erhöhungen erfahren. So z. B. wurden die Arztgebühren ab 1. Januar 1918 um 50 Prozent erhöht, die Krankenhaustären um 20 Prozent. Die Erhöhung der Arzneimittel ist in Prozenten gar nicht auszudrücken. Trotz dieser gewaltigen Erhöhungen betrug der Beitragssatz von 1912 bis 1. Juli 1918 nur 3 1/2 Prozent, womit die Kasse den niedrigen Beitragssatz im ganzen badischen Lande hatte. Mit diesen Beiträgen hatte die Kasse außer den gesetzlichen in folgenden Mehrlieferungen noch bestritten: 1. Familienversicherung, 2. bei Krankenhaustätigkeit ein Verbleibe das volle Krankengeld, an Verbleibe ein Taschengeld, 3. Krankengeld für Sonn- und Feiertage bei nur 2 Krankentagen. Ab 1. Juli 1918 wurden die Beiträge dann erhöht. Dasselben betragen jetzt 4 1/2 Prozent. Aber auch mit diesem Beitragssatz ist nach dem Bericht für 1919 nicht auszukommen, denn hier stehen uns abermalige Erhöhungen der Arztgebühren, der Arzneimittelpreise und der Krankenhauskosten neben sonstigen Teuerungen in Aussicht. Der Voranschlag für 1919 schließt darum ebenfalls mit einem Defizit von über 60000 Mark ab.

Die Kasse ist also gezwungen, die Beiträge abermals zu erhöhen. Der Vorstand ist einstimmig der Ansicht, daß die Erhöhung so ausreicht sein muß, daß die Kasse ihren gesetzlichen Verpflichtungen vollumfänglich nachkommen kann und daß die Weitererhöhung der Beiträge auf 5 1/2 Prozent beantragt werden. Damit hofft man, allen berechtigten Ansprüchen gerecht zu werden. Doch ist aber nur dann möglich, wenn auch seitens der Mitglieder die nötige Einsicht in Bezug auf Preissteigerungen der Kasse vorhanden ist. Dies scheint aber bisher nicht der Fall gewesen zu sein, denn in nicht wenigen Fällen konnte mit Verzicht auf die Beiträge, daß demütige oder unbewusste unechte Preissteigerung der Kasse vorlag. Es sei betont, daß die Kasse stets nach dem Grundsatz handelt: Dem Kranken alles, was zu seiner Genesung und zur Wiedererlangung seiner Arbeitsfähigkeit nötig ist. Das Gegenteil aber für jene, welche unberechtigte Ansprüche stellen. Handeln die Mitglieder auch nach diesem Grundsatz, dann werden sie sich und ihren Angehörigen am ehesten dienen und es wird dann auch nicht mehr vorkommen, daß bei Arbeitsstellen und Krankengeldern gleich massenhafte Unterhaltungsansprüche gestellt werden. Die genaue ziffermäßige Rechnungsstellung wird in der Ausschuss-Sitzung erfolgen.

J. Karstadt, 19. April. Die Ortskrankenkasse Karlsruher Stadt hat die Erhöhung des Beitrages um 1 Proz., von 4 1/2 auf 5 1/2 Proz., beschlossen.

Der Konsumverein für Baden-Baden und Umq. G. G. m. b. H. hielt kürzlich in der Aula der Oberschule seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Dr. G. R. O. D. E. D., gedachte zunächst des verstorbenen 2. Geschäftsführers, Herrn Emil Schwegler, worauf der Geschäftsführer das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung erhielt: „Der Konsumverein im Uebergang zum Großbetrieb“. Herr Fischer führte folgendes aus: Der verlorene Krieg hat die Leistung der Stadt Strahburg gebracht. Der Konsumverein Strahburg unterliegt in Baden drei Läden, je einen in A. S. O. S. und in Lahr. Da die weitere Verfolgung dieser Läden von Strahburg aus unmöglich wurde, hat der Konsumverein Baden auf Erlaß des Vorstandes diese Läden übernommen. Der Konsumverein Strahburg hat sich verpflichtet, nicht allein die eingezahlten Geschäftsanteile der Mitglieder Baden zu übernehmen, sondern es werden alle Verbindlichkeiten gegenüber den Mitgliedern gedeckt und außerdem wird uns ein entsprechender Teil der Reserven mit überwiesen. Die Übernahme dieser Läden bedeutet eine ganz erhebliche Stärkung des Vereins. Dazu kommt noch, daß in Karstadt und Gaggenau ebenfalls ein Laden errichtet werden muß, so daß der Verein nunmehr bis zum Sommer elf Läden unterhält. Von Bühl und Achern sind ebenfalls Wünsche laut geworden, eine genossenschaftliche Warenverteilungsstelle zu errichten, und es könnte deshalb mit Hug und Necht gesagt werden, wir befinden uns im Uebergang zum Großbetrieb. Die Mitgliederzahl des Vereins ist von 1918 auf 30. Juni 1918 auf rund 3200 Familien gestiegen. Der Umsatz, welcher im letzten Geschäftsjahr 318000 Mark betrug, dürfte sich bei der gegenwärtigen Mitgliederzahl auf etwa eine Million Mark im Jahr erhöhen. Das Wichtigste aber sei, daß auch die Kapitalisten mit der äußeren Entwicklung Schritt gehalten habe. Die Bilanz vom 30. Juni 1918 weist 66862 Mark eigene Betriebsmittel auf — das sind Geschäftsanteile und Reserven — während nach erfolgter Abschreibung mit Strahburg die eigenen Betriebsmittel rund 162000 Mark betragen werden. Dazu läme noch, daß auch in diesem Jahre aus den Betriebsüberschüssen eine größere Summe den Reserven überwiesen werden könnte. Herr Fischer bereitete sich dann noch eingehend über den Ausbau der Organisation und legte ein großes Projekt über die fernere Tätigkeit der Generalversammlung vor. In der nachfolgenden Aussprache wurde die Arbeit der Verwaltung gutgeheißen und neue Anregungen gegeben.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Schaffung eines Genossenschaftsrates, berichtete der Geschäftsführer, daß dieser Genossenschaftsrat nicht etwa als ein Produkt der Revolution angesehen sei, sondern daß diese Einrichtung in den großen Genossenschaften schon seit Jahrzehnten eingeführt sei. Der Ge-

nossenschaftsrat habe ein Verbindlich zu setzen der Verwaltung und den Mitgliedern in den einzelnen Orten und sichere auch den auswärtigen Mitgliedern die Mitarbeit an der Genossenschaft. Das sei eine rein notwendige, aber auch nützliche demokratische Einrichtung für den Selbstverwaltungskörper des Vereins. In der Aussprache wurden die Vorschläge der Verwaltung gutgeheißen und die Errichtung des Genossenschaftsrates einstimmig beschlossen. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Schwegler wurde Herr Pastor Konrad Wunder in den Vorstand gewählt. In den Ausschuss wurde Herr Hauptlehrer Feitg wieder und Herr Wilhelm Dürr, Schreiner und Herr Verwaltungs-Assistent Kleinmuth neugewählt.

Aus der Partei.

Durlach, 21. April. Wegen wichtiger Tagungsangelegenheiten wurde es notwendig, auf heute abend eine Mittagsbesprechung der Sozialdemokraten einzuberufen. An die Genossen und Genossinnen erging der Ruf, pünktlich zu erscheinen.

G. Verkauften, 22. April. Sozialdemokraten. Vereint heute abend findet eine Parteiberatung statt. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen bzw. Aufstellung der Kandidaten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Gemeinderatswahlen für die Arbeiterklasse sollte kein Parteigenosse in der Versammlung fehlen. Beginn der Versammlung erst um 9 Uhr im Lokal „Zur Kanne“, da zuerst eine Bürgerauskunftung stattfinden wird.

Chenau im Murtal, 20. April. Donnerstag, 24. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Vereinshaus eine Mittagsbesprechung statt, zu der die Parteigenossen pünktlich erscheinen müssen. Auch Leser der Parteipresse und Freunde unserer Sache sind willkommen.

Kommunalpolitik.

Durlach, 19. April. Aus der Gemeinderatsitzung vom 18. April. Erhöhung des Gaspreises. Die Betriebsausgaben des Gaswerks haben sich im abgelaufenen Jahre um rund 215000 Mark erhöht. Um die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals neben der Aufbringung der Betriebskosten zu ermöglichen, ist eine Erhöhung des Gaspreises nicht zu umgehen. Der Rubrikmeterpreis soll von 21 auf 30 Mark erhöht werden. — Erhöhung des Wasserpreises. Da das Wasserwerk schon seit Jahren die Verzinsung und Tilgung seines Anlagekapitals zu ermöglichen muß aus einer Erhöhung des Wasserpreises durchgesetzt werden und zwar soll sie 5 Mark Rubrikmeter Wasser aus der Stadtleitung 20 Mark 1. Mai das Rubrikmeter Wasser aus der Stadtleitung 25 Mark sein. Ferner soll auf der Turmbergleitung 25 Mark betragen. — Ferner soll auf der Turmbergleitung ein zusätzlicher Zuschlag in gleicher Höhe, wie der Anteil der Gemeinde jetzt an der Steuer beträgt, erhoben werden. Das Wertungsausschreiben soll ursprünglich die Verteilung des Steuerertrages folgendermaßen vor: 30 Prozent erhält das Reich, 10 Prozent der Bundesstadt und 40 Prozent die Gemeinde. Später verzichtete das Reich auf seinen Anteil, sodass nur 50 Prozent der Steuer erhoben wurden. Jetzt sollen hier wieder 30 Prozent erhoben werden, 30 Prozent sollen die Gemeinde erhalten, 10 Prozent die Staatskasse. Die geplante Aufbesserung der Wasserpreise wird einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen. Alle die steuerlichen Maßnahmen und Erhöhungen sind notwendig, um zu verhindern, daß bei den kolossal steigenden Ausgaben der Stadt der Umlagefuß alljährlich in die Höhe steigt. — Es soll eine Eingabe an die Generaldirektion der Staatsbahn beantragt werden, daß auf der hiesigen Station ein Nebenbahnanschluss in jeder Richtung hergestellt wird, da dies im Verkehrsinteresse der hiesigen Bevölkerung unbedingt erforderlich ist. — Zwischen den Gemeinden Durlach und Oberrhein ist ein Gemeindegrenzvertrag zustande gekommen, der nach der Beschlußfassung der beiden Gemeinderäte unterfertigt werden muß. Oberrhein hätte danach, da es größere Geländebereiche umfaßt als Durlach, noch ein Aufgeld von 20000 Mark zu zahlen. — Ein Antrag der Bauarbeiter, zu den neuangelegten Unterhaltungsarbeiten der Erwerbslosenfürsorge die hiesigen Erwerbslosen für den Bau von Wohnungen zu verpflichten, wurde verworfen. Der Vorstand an Neben in der hiesigen Verwaltung soll im Interesse der Arbeitererziehung erhöht werden. — Die Einwohnerzahl betrug am 1. April 15516.

J. Karstadt, 19. April. In der Bürgerauskunftung vom 16. ds. Mts. machte Bürgermeister Kerner ausführliche Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung unserer Stadt. Besonders traurig sind die Zustände bei der Milchversorgung. Statt täglich 4800 Liter erhält Karstadt nur etwas über 1000 Liter. Was es nicht angängig, die Gemeinden und auch die Karlsruher Kuhhalter, die besonders schlecht abliefern, durch Beschlagnahmung in den Zeitungen zu brandmarken?

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 22. April.

Na. Zur Frage der Verteilung frischer Fische wird uns von zuständigen Seite mitgeteilt: Der Umstand, daß bei den einzelnen Fischhändlern der Vorrat an frischen Fischen monatelang verfaulen kann, wenn die Anzeige in den Zeitungen entweder tags zuvor oder am selben Tage erschienen ist, führt vielfach zu Mißverständnissen und Beschwerden. Die Zufuhr und Verteilung der frischen Fische entwickelt sich folgendermaßen: Der Verband von Fischhändlern oder von Holland aus wird telegraphisch mitgeteilt, unter Angabe des Inhalts der jeweiligen Sendung (Schellfische, Kabeljau, Steinbutt usw.). Eine Bekanntmachung kann darauf nun zunächst noch nicht in die Zeitungen aufgenommen werden, weil — mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten und unsicheren Verkehrsverhältnisse — die Ankunft der in Frage kommenden Fische mit Bestimmtheit nicht vorausgesagt werden kann. Andererseits müssen die Wagen wegen der leichten Verderblichkeit der Ware und im Interesse der Ersparnis des Stadtgeldes sofort entladen und die Fische dem Verkauf unzerstört zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig wird sofort auch die Bekanntmachung aufgegeben. Dabei kann es naturgemäß vorkommen, daß der den in Frage stehenden Verkaufsgeschäften zugewiesene geringe Anteil — oft nur 1-2 Zentner für das Geschäft — bereits veräußert ist, bis die Anzeige zur Kenntnis des Publikums gelangt.

Wenn ferner in den Bekanntmachungen 6 Sorten Fische (Schellfische, Kabeljau, Schollen, Steinbutt, Lachs und Seezungen) in verschiedenen Größen genannt sind, so ist damit nicht gesagt, daß diese Sorten und Größen in jedem Geschäft nach Wunsch und Auswahl zu haben sind. Die Anzeige gibt nur die für die einzelnen Sorten festgelegten Preise bekannt. Es kommen von einzelnen Sorten, namentlich von den besseren, nur 2 bis 3 Körbe, die abwechselungsweise in enge bestimmten Reihenfolge an die Geschäfte abgegeben werden. Wenn also die Wünsche der Kundenschaft nach bestimmten Sorten nicht immer berücksichtigt werden können, so ist dieser Umstand auf die abwechselnde Verteilung zurückzuführen.

Diese Darstellung ist soweit ganz passibel. Das Publikum kann sich jedoch damit nicht begnügen. Wir haben nämlich bemerkt in den Händen, daß in Zeitungsanzeigen die Fische für

bevorzugte Kunden zurückgestellt worden, wie folgender Fall illustriert. Man schreibt uns: Im „Tagblatt“, das früh 8 1/2 Uhr ausgetragen wird, stand ein Inserat des A. A., daß in den bekannten Verkaufsstellen Fische erhältlich sind. Ich eile sofort in das Delikatessengeschäft A. in der Kaiserstraße. Dort kommt aber schon eine Frau aus dem Laden, die mir sagte, daß keine Fische mehr abgegeben würden. Ich solle aber nur hinten in den Laden gehen, da ich ihnen noch ganze Körbe voll. Ich befolgte den Rat und bekam schließlich vom Verkäufer ein Pfund, da er mich angeht, daß die Fische nicht abzugeben konnte. Während dessen kommt aber der Geschäftsinhaber hinzu und herrsche den Verkäufer an, weil er noch Fische veräußert, die Fische seien bereits alle telefonisch bestellt. Der Verkauf trug sich um 8 1/2 Uhr, also 1/2 Stunde nach Ladenöffnung, zu.

Soweit der Bericht. Die betr. Frau will den Vorgang eideschwören, und wir nehmen an, daß von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird. Da gehört mit allem Mitteln sofort vorgegangen, denn in anderen Geschäften sind auch jenen Fische zu haben. Da wird wohl auch telefonisch bestellt. Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn der Unmut über die herrschenden Zustände immer größeren Umfang annimmt.

Sozialdemokratische Bürgerauskunftung. Heute abend 7 Uhr Sitzung im K. R. S. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Nachdem die Maßregeln durch das Gewerkschaftsgericht veranlaßt sind, haben Turnerschaft und Turnerschaft die Mitwirkung beschlossen. Die Mitglieder werden dringend gebeten, heute abend 7 Uhr in die Gutenbergstraße zu kommen. (Siehe Inserat.)

Zur Wohnungsnot. Man schreibt uns: Da die Wohnungsnot in Karlsruhe immer größeren Umfang annimmt und die Lage durch Neubauten nicht gebessert werden kann, so ist es unverständlich, daß man so viele Häuser der Stadt, des Staates und sonstiger Behörden noch immer in den schönsten Privatwohnungen beläßt. Diese Häuser könnten doch ganz gut in den freien Karlsrufern, leerstehenden Schlössern usw. untergebracht werden. Selbstverständlich werden die Herren Büroverwalter, denen der Umzug etwas Unmut bringt, gegen diesen Vorschlag sich auflehnen und wird es heißen, das können wir nicht machen. Vielleicht trägt diese Anregung dazu bei, brauchbare Wohnungen für die Allgemeinheit in kürzester Frist zu erschaffen.

Kraftfahrerverammlung. (Wegen Raummangel unlesbar verpölet.) In einer überaus zahlreich besetzten, vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufenen, fröhlich abgelaufenen Versammlung, nahmen die Kraftfahrer Stellung zu ihrer gegenwärtigen Lage. Der Generalsekretär Meimüller vom Deutschen Transportarbeiterverband führte aus, daß der dem Krieg durch die Kraftfahrer in der Kraftfahrerei im Uebermaß geleistet worden seien. Der Kriegsausgang bewirke nun, daß die Kraftfahrer jetzt arbeitslos seien, oder in nächster Zeit mit Arbeitslosigkeit rechnen müßten, sobald die Jahrbereitschaften vollends aufgelöst wären. Zwar seien Eingaben an die maßgebenden Behörden gerichtet worden, in denen auf die Notlage der Kraftfahrer hingewiesen sei, aber bisher sei etwas Positives noch nicht zu erlangen gewesen. Es sei rein unverständlich, daß die Kraftfahrer durch die Generaldirektion durch den Ausschuss in der Hauptversammlung heute noch Kraftfahrer aus den Reihen der dort beschäftigten Arbeiter lude. Auf eine kleine Notiz in der Parteipresse haben sich in kurzer Zeit über 100 arbeitslose Kraftfahrer im Transportarbeiterverband gemeldet. Aus den Reihen der Kraftfahrer wurde angeführt, daß die Kraftfahrer bisher immer noch Vertrauen zur jetzigen Regierung haben und hoffen, daß sie in ihrer Hoffnung nicht enttäuscht werden.

Der neu gewählten Sektionsleitung wurden folgende Maßnahmen mit auf den Weg gegeben: 1. Vorläufige Schließung der Kraftfahrer auf ein Jahr. 2. Neue Führerbescheinigungen dürfen nicht mehr ausgestellt werden, jedoch ist das Umschreiben von Führerscheinigen von einer Klasse auf die andere gestattet. 3. Bei Verteilung der Stellen für die neuen staatlichen Automotoren ist die Berufsorganisation der Kraftfahrer — der Deutsche Transportarbeiterverband — zu berücksichtigen, da von dort genügend zuverlässige Kollegen gestellt werden können. 4. Bei wichtigen, die Kraftfahrer betreffenden Verkehrsbestimmungen ist ein Mitglied der Kraftfahrer-Sektionsleitung beizugehen. Des weiteren verlangte die Versammlung, daß seitens der Regierung die Kraftwagen und Kraftfahrzeuge (Benzin, Öl, Kraftstoff usw.) freigegeben wird, damit die Arbeitslosigkeit im Kraftfahrereis vermindert und einem dringenden Verkehrsbedürfnis wieder Rechnung getragen wird. An der Regierung und an den Behörden liegt es nunmehr, hier eingzugreifen, soll nicht der Unzufriedenheit noch mehr Boden geschaffen werden.

Warnung vor Zuzug. Das Karlsruher Wohnungsamt erläßt eine Bekanntmachung, wonach es unmöglich ist, bei dem großen Mangel an Wohnungen nach Karlsruhe zuzuziehen. Die Karlsruher Wohnungsämter sind zu bitten, sich von der Zuzug nach Karlsruhe, da Mietverträge mit Neuzuziehenden, solange der derzeitige Mangel nicht behoben ist, nicht genehmigt werden.

Beschlagnahme von Lebensmitteln. Bei einem Durchsuchungsgang in der Adlerstraße wurden am Samstag 2 Kisten mit 2 Zentner geräucherter Schinken beschlagnahmt, welches dieser im Schwarzwald für 3400 Mark gekauft hatte. Ferner wurden durch die Volkswehr und die Schutzmannschaft in einem Hause der Veitheimer-allee 81 Kilo Weiß- und 33 Kilo Schwarzschmalz und in einem Hause am Ebdorfer 27 Pfund Butter beschlagnahmt.

Mendelsohn-Abend des Chors der Christuskirche Karlsruhe. Es ist den Konzertgebern hoch anzuzurechnen, daß sie in so ausgeprochen vollkommener Weise dem Konzepte des „Paulus“ und „Elias“ einen solchen Ehrenabend veranstalteten. Doch das Konzert bewies, daß uns Mendelsohn eigentlich nicht mehr allzu viel bedeutet. Seine Werke sind langweilig, sind formvollendet. Gut, was will das aber sagen? Zu seiner Zeit, jawohl, da mochte es gefallen, „gefällt“ auch heute noch. Was den musikalischen Geschmack betrifft, sollten ihn sich mancher zum Vorbild nehmen. Die Tiefe aber, die fest, und darauf kommt es an. Deshalb bedeuten unserer Zeit die Werke Bachs so viel; da ist es allerdings Mendelsohns großes Verdienst, die Malkampassion durch die Ausführung der Berliner Singakademie zu neuem Leben erweckt zu haben.

Das Konzert war in allen Teilen wohl gelungen und befriedigend. Der Chor der Christuskirche läßt in seinen Vorträgen sowohl Liebe zur Sache, wie auch ernste und fleißige Vorbereitung erkennen. Der Chor „Mache dich auf“ fand eine besonders prächtige Föbergabe. Elisabeth Gummann verfuhr über eine sehr schöne und wohlgeleitete Stimme, die zwar in der Tiefe noch ein klein wenig unausgeleitet, unjünglicher aber Stärke und Farbe besitzt. Neben der bekannten Arie „Höre Israel“ bot sie mit Kammerjäger Jan van Gortom in dem Duett „Was hast du an mir getan“ das schönste des Abends, während van Gortom seinerseits der Arie „Gott sei mir gnädig“ zu großem Eindruck verhalf. Die zwei Violoncelli (Lieber ohne Worte“ in B-Dur und A-Dur) von Konzeptsänger Lang waren sehr gut gewählt und besonders das letztere sehr wirkungsvoll. Die Leitung lag in den Händen von Hans Vogel, der seine Mittel in bester Weise auszunutzen verstand und die Orgelbegleitung von Rats Ratig gab den Chören, von denen noch der Domchor „Höre deine Augen auf“ hervorzuheben ist, den richtigen Halt. Das Konzert hatte sich ein sehr gutes Gelingen zu erziehen. S. K.

Festhalle. Auf das morgige 2. Vollständiges Sinfonieorchester des Landes-theaterorchesters unter der Leitung von Prof. Prunisch und Herrn Trautwein ist hiermit aufmerksam gemacht. Es gelangen Werke von Beethoven, Schubert, Bruch und Wagner zur Aufführung. Das Konzert findet an billigen Preisen statt.

Die Lage im Kohlenrevier.

RDW. Essen, 19. April. In der heutigen Frühstunde betrug die Zahl der Ausständigen 100 337. Mitin ist ein Abgang der Freilassungen um 7600 festzustellen. Voll gearbeitet wird auf 72 Tageanlagen gegen 59 am Donnerstag.

RDW. Breslau, 19. April. In Deutchen bauert der Ausstand in den Gruben Altesbas, Wolsgang und Graf Franz fort. In einer Besprechung der gesamten Belegschaft, der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Königin Luise-Grube wurde beschlossen, wegen der Verhaftung von 400 Bergarbeitern im Ruhrgebiet als Protest in den Ausstand zu treten, falls nicht die sofortige Freilassung der Verhafteten erfolgt. Der Sympathiestreik wird eventl. auf sämtliche oberirdische Gruben ausgedehnt werden.

RDW. Essen, 19. April. Von beteiligter Seite werden wir um Verbreitung nachfolgender Mitteilung ersucht: Die in den letzten Tagen veröffentlichten Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet über die wirtschaftliche Lage des Kohlenbergbaus müssen jedermann den außerordentlichen Ernst unserer Lage zum Bewußtsein bringen. Die Meldungen lassen erkennen, wie weit die durch die endlosen Streiks und Lohnforderungen hervorgerufene Verödung inzwischen schon gediehen ist, wird bewiesen.

Der erste Konkurs im Ruhrrevier hat die Bochumer Verwerkschaften betroffen. Sie ist, wie das sozialistische „Bochumer Volksblatt“ schreibt, zu Tode gestreift worden. Es sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Grube jemals in Betrieb genommen werden könne. Die Besche Bankrott hat derartige Verluste gebracht, daß die Frage der Einstellung des Betriebes auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt werden mußte.

Die Gewerkschaft Katholisches Stimmes, eine der ältesten Recken des Stimmeschen Familienbesitzes, stellt sich veranlaßt, die Einführung von Subventionen zu beantragen. Die Gewerkschaften Graf Schwerin und Mont Cenis, befristete und ertragreiche Recken, sind nicht in der Lage, für das vierte Viertel 1918 eine Ausbeute zur Verteilung zu bringen. Auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser hat die Verteilung der Arbeiter zur Kenntnis gebracht, daß sich ihre Verluste von Beginn der Revolution an bis Ende März auf 35-38 Millionen Mark belaufen. Die Unternehmenshöhe vor dem Ende ihrer Existenzmöglichkeit. Die Lage der Arbeiterchaft hat sich durch die fortwährenden Lohnforderungen nicht verbessert, sondern die Belegschaft befindet sich infolge der unaufhörlichen Streikunruhen in einer unbeschreiblichen Notlage. Die Deutsches

Luzemburgische Verwerks- und Mitten-Aktiengesellschaft beziffert die Verluste auf ihren Rechen allein für die Monate November, Dezember und Januar auf mindestens 10 Millionen Mark. Auf dem Berliner Aktienmarkt wies Reichsminister Wislitz darauf hin, daß die Forderungen der Bergarbeiter eine Reihe von Betrieben tatsächlich bereits vernichtet haben. Einige Betriebe, die im November noch eine Reserve von 15 Millionen Mark hatten, hätten heute eine Passivsaldo von 12 Millionen Mark. Die Banken verweigerten jeden weiteren Kredit. Die von den streikenden Bergarbeitern aufgestellten Forderungen, 50prozentige Lohnrückzahlung und Forderung der Schicht auf 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt, würden eine neue Millionenbelastung der Arbeitgeber mit sich bringen. Wenn nun aber die bisherigen Lohnrückzahlungen und das Zugeständnis der 7½-Stunden-Schicht die schon aus den erwähnten Meldungen hervorzuheben katastrophalen Wirkungen abwenden könnten, wie viel mehr würde der völlige Ruin unseres Kohlenbergbaues und damit in vollem Umfange eintretende Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern durch solche ungeheuren weiteren Lasten bestärkt werden.

RDW. Halle a. S., 19. April. Infolge von Kohlenmangel können nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion am Dienstag und Donnerstag keine Personenzüge gefahren werden.

Berlin, 21. April. Nach dem „Vorwärts“ wird im Gelsenkirchener Revier, wo der Streik noch vor einigen Tagen allgemein war, auf 18 Schächten wieder gearbeitet. Die Parole des Deutschen Bergarbeiterverbandes, den Streik abzubrechen, wird im allgemeinen befolgt. Man rechnet mit einer allgemeinen Aufnahme der Arbeit am Dienstag nach Ostern.

Einstellung des Personenverkehrs in Bayern. RDW. Stuttgart, 22. April. Laut Mitteilung der Generaldirektion der Staatsbahnen wird wegen Kohlenmangel auf künftigen reaktionären bayerischen Strecken vom Donnerstag den 24. April an der gesamte Personenverkehr eingestellt.

Der Typhus in Hirschheim. Hirschheim, 21. April. Die Typhusepidemie nimmt weiter zu. In den letzten Tagen stieg die Gesamtzahl der zur Anmeldung gelangten Typhusfälle auf 2743. Bisher sind 230 Personen von der Seuche dahingerafft worden.

Ungarn im Verteidigungskrieg.

Budapest, 20. April. Ungar. Korr.-Büro. Der Zentralrat, Arbeiter- und Bauernrat hat durch Verteidigungsrangschaften der proletarischen Diktatur den Verteidigungskrieg beschlossen und angeordnet, daß die Hälfte der Arbeiterchaft sämtlicher Betriebe gegen die kischischen, rumänischen und südslawischen Truppen zu den Waffen greifen soll. Nach den Abschlüssen mehrerer Parteiorganisationen und Gewerkschaften bewachten sich Demonstrationen durch die Straßen.

Budapest, 19. April. Ung. Korr.-Büro. Ueber die gestern gemeldeten Angriffe der Rumänen erhält „Vorwärts“ vom Volkskommissariat für Seereswesen folgende Angaben: Die Rumänen erlitten riesige Verluste. Namentlich habe es auch auf unserer Seite Verluste gegeben. Unsere Soldaten mochten zahlreiche rumänische Gefangene. Von den Unrigen fielen einige wenige in Gefangenenschaft. Die Rumänen wollten aneinander erzwingen, daß sich die ungarischen Truppen bis zu der Linie zurückziehen, welche die Entente in der letzten Note des Oberlieutenanten Biz als Obergrenze der neutralen Zone bezeichnet hatte.

Briefkasten der Redaktion. A. 2. Die Frage ist etwas unklar gefaßt. Annahmen gibt es nicht. Wenn es sich um Resolutionen handeln sollte, könnte Ihnen ein erfahrener Naturheilkundiger schon helfen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger. Durlach. (Sozialdem. Verein.) Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Lamm“ wegen Erlebung wichtiger Parteianglegenheiten Mitgliederversammlung. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist absolut notwendig. 2949

Bekanntmachung

über die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahl.

1. Nach Art. VII des Gesetzes vom 13. März 1918, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr. hat spätestens Mitte Mai 1919 in der Stadt Karlsruhe die Neuwahl der Stadtverordneten stattzufinden.

2. Wahlberechtigt für die Wahl sind alle Stadtbürger, deren Bürgerrecht nicht ruft. Stadtbürger sind die Angehörigen des Deutschen Reiches (Männer und Frauen), welche bis zum Tag des Ablaufs der Einbürgerung gegen die Wählerliste (20. April 1919) 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten von diesem Tage an jurisdiktionell, also mindestens seit 20. Oktober 1918 in der Stadt Karlsruhe ihren Wohnsitz haben.

3. Das Bürgerrecht ruft: a) während der Dauer der Entmündigung oder einer wegen geistiger Gebrechen bestell. Anwartschaft und während der vorläufigen Vormundschaft, b) infolge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte während der Dauer dieses Verlustes.

4. Außer den nach Ziffer 2 und 3 dieser Bekanntmachung wahlberechtigten Stadtbürgern sind nach Art. VIII des Gesetzes vom 13. März 1918 diejenigen Kriegsteilnehmer und deren Familienangehörige wahlberechtigt, welche zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste in Karlsruhe ihren Wohnsitz haben.

5. An der Wahl teilnehmen können nur die Wahlberechtigten, die in die Wählerliste eingetragen sind.

6. In die Wählerliste sind alle Personen eingetragen, die in die hiesige Wählerliste für die deutsche Nationalversammlung eingetragen waren, soweit sie nach Ziffer 2 und 3 dieser Bekanntmachung wahlberechtigt sind.

7. Die nach Ziffer 4 dieser Bekanntmachung wahlberechtigten Kriegsteilnehmer und deren Familienangehörige haben das Recht, soweit dies nicht schon geschehen, alsbald zum Eintrag in die Wählerliste anzumelden, desgleichen diejenigen Personen, die mindestens seit 20. Oktober v. J. hier ihren Wohnsitz haben und bis zum 29. April d. J. 20 Jahre alt geworden sind.

8. Die Wählerlisten liegen 8 Tage lang, und zwar vom Dienstag, 22. April bis Dienstag, 29. April in der Wahlgeschäftsstelle Lammstraße (Aufschrift „Jugendheim“, gegenüber Warenhaus Knopf) zu jedermanns Einsicht auf, die Geschäftsstelle ist werktäglich geöffnet in der Zeit von 9 bis 5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr.

9. In den Tagen vom 24. bis 26. April werden wir in jedes Haus den die Wahlberechtigten dieses Hauses enthaltenden Ausschnitt aus der gedruckten Wählerliste zustellen lassen, und zwar an den Hauseigentümer, falls er in dem Hause wohnt, andernfalls an einen im Erdgeschoss wohnenden Mieter als Stellvertreter des Hauseigentümers. Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, jedem Wahlberechtigten des betr. Hauses die Einsicht in den Ausschnitt zu gestatten. Aus dem Ausschnitt kann jeder ersehen, ob, wie und an welcher Stelle er in die Wählerliste eingetragen ist. Den Wahlberechtigten wird empfohlen, sich die Ordnungszahl zu merken, mit welcher ihr Name in dem Ausschnitt eingetragen ist, weil hierdurch die rasche Auffindung des Wählers in der Wählerliste bei der Wahl erleichtert wird. Wer seinen Namen in dem Ausschnitt nicht findet, muß damit rechnen, daß er nicht in der Wählerliste steht. Der deshalb oder wegen unrichtiger Einträge in dem Ausschnitt Beanstandungen erheben will, muß dies spätestens bis zum Dienstag den 29. April mündlich oder schriftlich bei der Wahlgeschäftsstelle tun.

10. Maßgebend für die Einteilung der Wahlberechtigten in die einzelnen Wahlbezirke wird die Wohnungsverhältnisse sein, mit welcher der Wahlberechtigte bei der deutschen Nationalwahl in der gedruckten Wählerliste eingetragen war, auch wenn er die Wohnung in der Wohnbezirk gewechselt hat.

11. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind innerhalb der Auflegungsfrist schriftlich (deutsch schreiben) oder mündlich bei der Wahlgeschäftsstelle vorzutragen.

12. Am 29. April 1919 abends 6 Uhr werden die Wählerlisten abgeschlossen; spätere Einsprüche werden dann nicht mehr berücksichtigt; eine spätere Aufnahme von Wählern in die Wählerliste ist alsdann nicht mehr zulässig. 2937

Karlsruhe, den 19. April 1919.

Der Stadtrat.

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus d. Inhalt: Über die Frauen-Ornans, Körperliche Ehestauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Stillfähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Enthaltsamkeit und Auswech-selungen vor der Ehe. — Eheliche Pflichten, Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe, Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz u. w. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Gebärmutter. Folgen der Kin-Verlosigkeit. Günstiger später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug gegen Bindung von M. 2. — franko oder gegen Nach-nahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 812, Berlin NW 78.

Was jeder vom Staatsbankrott wissen muß.

Verborenenes Werk, mit ausführlichen Berechnung an und Darstellungen. Geschrieben von: erfahrener Geschäftsmann. Preis RM 2,75 einzl. Feuerungszeitung gegen Voreinsendung an Postfach 16 776. Nach-nahme ausgl. RM 0,25. Bei größerer Bestellungen entpr. Rabatt und kostenlose Befr. 2930

Agg. Brede sen., Agenturen, Hannover Nr. 485.

Nebenverdienst!

Coll. Hilfe beim Aufbau der Existenz und dauernden hohen Einkommens! Keine Versicherung! Kein Verlust an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ausführende Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt Nr. 89 von Adresse: Schlichting 124, Dresden-N. 1.

Mörtsch.

Für unsere Filiale in Mörtsch wird auf 1. Mai ein Kolporteur gesucht.

Zu melden bei Heinrich Burkhardt, Bismarckstr. 460.

Zeitungsträgerinnen

sofort gesucht. Zu melden vormittags 8-12 und nachmittags 2-6 Uhr. Waldstraße 35, 1. Etod. 2935

Achtung!

Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstbedienungs- und geliebten Zeiten gut und billigausgeführt. Näheres beim Verle. Scheffelstr. 42, ptr.

J. Hartmann

Karstr. 22, 2. St. empfiehl 2743

Moderne Damen Sportjachen, Kostüme

in Seide, Käll und Wolle, Nähige Preise.

Gleichenleiden

dauernde Beileitung durch deutsch. Heilgsp. Prof. Dr. Sanis Verband München 26 C. 1100

Betriebserweiterung.

Städtische Straßenbahn Karlsruhe. Infolge Verlängerung der Vollzeitsunde wurde auch der Straßenbahnbetrieb erweitert. Die letzten Züge verkehren jetzt wie folgt:

Line 1 table with routes and times

Line 2 table with routes and times

Line 6 table with routes and times

Line 7 table with routes and times

Line 8 table with routes and times

Zwischen Stöckerstraße und Wühlburger-Tor Pendelverkehr von 102 ab Stöckerstraße bis 112 20 Minutenfolge.

Die Abfahrtszeiten der letzten Wagen ab Marktplatz sind die folgenden:

Table with departure times for various lines

Spät re Wagen mittelst Umsteige- gelegenheit am Wühlburger-Tor 102 102 102 112

Karlsruhe, den 17. April 1919. Städtisches Bahnamt. 2940

Freie Turnerschaft

Karlsruhe. Wir bitten die aktiven Mitglieder aller Abteilungen heute Abend punkt 7 Uhr in der Turnhalle der Gutenbergschule (Reifenstraße) zur Erscheinung, zwecks Einübung von Pyramiden und Variationen zur

Maisfeier.

Da nur noch wenige Tage zur Verfügung stehen, ist es dringend notwendig, daß auch die älteren Turngenossen alle mitwirken. Der Turnrat. NB. Um mündliche Verbreitung unter den Mitgliedern wird gebeten. 2951

T. V. Die Naturfreunde

Ortsgruppe Karlsruhe. Der Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Professor Paulke

„Meine Erlebnisse in Asien“ findet nicht am 25., sondern am Donnerstag den 24. April, abends 7½ Uhr, im Chemiefabrik der Techn. Hochschule statt. Karten à 50 Pfg. im Vereinslokal „Cambrinus-halle“, Sporthaus Freudenfeld und den Ausführenden gliedern. 2952

Am 25. April Monatsversammlung mit Vortrag von Genossen Beez: „Das Wau ern und die neue Zeit“. Reichliches Ertrinken dringend erwünscht.

Frauenhaare

kauft 2908 Oskar Decker, Gaarbldg. Kaiserstr. 23.

Kaffee-Ringen

(Wille), werden haarhart gefärbt. Std. 10 Wfg. Kaiserstr. 34, Baden. S

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen ein Waggon

Zwiebeln

Pfund 65 Pfg. bei 10 Pfd. 60 Pfg. Gentner 55.- Pfannkuch & Co

Stärke Wäsche

wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt.
Dampf - Waschanstalt Schorpp.

Annahme-Stellen in Karlsruhe: 2903
 Kaiserallee 37, Schillerstrasse 18, Gabelsbergerstrasse 1, Amalienstrasse 15, Rheinstrasse 18, Ecke Kurven- und Augustastrasse, Kaiserstrasse 34, Kaiserstrasse 243, Wilhelmstrasse 83, Bernhardstrasse 8, Ecke Ludwig-Wilhelmstrasse, Werderstrasse 32.
Baden-Baden: Lichtentalerstr. 16. **Bruchsal:** Wörthstrasse 6.
Durlach: Hauptstrasse 15. **Heidelberg:** Plöck 30.
Pforzheim: Zorrenreiterstrasse 19. **Rastatt:** Poststrasse 6.

Berichtigung.
 In der in No. 97 vom 19. April auf Seite 5 erscheinenden ärztlichen Anzeige des Herrn Dr. med. Simon ist ein beträchtlicher Druckfehler unterlaufen. Es muss in der letzten Zeile heissen:
 Praxisbeginn: **Mittwoch, den 23. April.**

Messe-Wirtschaften.
 Die Vereidigung zum Betrieb der zwei Wirtschaften in dem Schuppen auf dem Neuhof während der diesjährigen Früh- und Spätharvestenmesse soll unter den hiesigen Wirten bereitgestellt werden.
 Steigerungsluftige sind auf
Montag, den 28. April ds. Js., morgens 9 Uhr,
 in den großen Rathsaussaal eingeladen.
 Die Steigerungsbedingungen liegen beim Markt- und Messsaal, Zimmer 175, 4. Stock, Eingang Söhnleinstrasse zur geistl. Einsicht auf und werden vor der Versteigerung nochmals bekannt gegeben.
 Karlsruhe, den 14. April 1919. 2845
 Das Markt- und Messsaal.

Bayern

**meldet Euch zum Eintritt
in das bayer. Freikorps
für den Grenzschutz Ost.**

Bedingungen wie bei allen anderen Freikorps.
 :- Eigenes Korpsabzeichen. :-
 Fahrkarten zum Aufstellungsort:
 Ohrdruf i. Th. bei Gotha lösen.
Die Kosten werden ersetzt.
 Vom Reichswehrminister mit der Aufstellung und Führung des bayerischen Freikorps beauftragt.
Franz von Epp, Oberst. 2688

Die Auslieferung von Ausweisen zur Ausreise nach den von den Polen besetzten Teilen der Provinz Polen, sowie zur Einreise nach Deutschland für Personen, die in der Provinz Polen beheimatet sind, erfolgt nur noch durch Zentralpolizeistellen in Osnabrück, Frankfurt a. d. Oder, Kassel, Grenadier-Regt. 8.
 Alle derartigen Gesuche sind unmittelbar an diese Stelle zu richten. 2942
 Von Seiten des General-Commandos XIV. A. A. Der Chef des Generalstabes
 aca. A. H. E. n. d. a. h. Oberstleutnant.

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.
 Aufolge der Bestimmungen des Reichsministeriums für öffentliche Verwaltung vom 21. Februar 1919 (über die Neuauflassung von Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge) Reichs-Gesetzblatt Seite 248) und vom 21. März 1919 die Abänderung dieser Verordnung betreffend Reichs-Gesetzblatt Seite 372) verliert mit dem Ablauf des 30. April 1919 sämtliche Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen für Kraftfahrzeuge, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen von zivilen oder militärischen Stellen erteilt worden sind, ihre Gültigkeit. Der Eigentümer eines gegenwärtig zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeuges kann bei dem Bezirksamt unter Vorlegung der bisherigen Zulassungsbescheinigung die Erteilung einer neuen Zulassungsbescheinigung und eines neuen Kennzeichens beantragen. Während des Erneuerungsverfahrens bleibt dem Antragsteller die bisherige Zulassungsbescheinigung und das bisherige Kennzeichen, jedoch nicht über den 30. April 1919 hinaus für Kraftfahrzeuge, deren Neuzulassung bis zum 30. April 1919 nicht erfolgt ist, erloschen. Die Erneuerung der Zulassung rechtskräftig beantragt worden ist. In Verbindung mit dieser Bescheinigung behalten die bisherigen Zulassungsbescheinigung und das bisherige Kennzeichen Gültigkeit auch über den 30. April 1919 hinaus bis zur Erledigung der Neuzulassung. Am 1. April werden Zulassungsbescheinigungen, die nicht bis zum 30. April 1919 Erneuerung gefunden haben, nebst den zugehörigen Kennzeichen erloschen. Kraftfahrzeuge, die nach dem 30. April 1919 auf öffentlichen Wegen und Plätzen verkehren, ohne ordnungsgemäß zugelassen zu sein, können von den Demobilisationskommissionen für verfallen erklärt werden, gleichgültig, ob sie dem der Verordnung zuwiderhandeln oder nicht.
 Karlsruhe, den 19. April 1919.
 O. R. 145. Bezirksamt - Polizeidirektion. 2944

**Handelshochschulkurse
Karlsruhe.**
 Wiederbeginn der Vorlesungen über:
 Rechtswissenschaft (Sonderkurs): Montag den 28. April, Volkswirtschaftslehre (System der Wirtschaft): Freitag den 2. Mai, Fortsetzung für Donnerstaghörer, Donnerstag den 8. Mai für Dienstaghörer, falls erforderlich Freitag den 9. Mai.
 Ferner beginnen neue folgende Halbjahreskurse:
Allgemeine Staatslehre.
 Begriff und Wesen des Staates, Staatsverfassungen, Ausübung der Staatsgewalt (Verwaltung, Verwaltung und Rechtswissenschaft).
 Dozent: Herr Ministerialrat Dr. Ritter vom Justizministerium Karlsruhe.
 Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Beginn 30. April.
Soziale Kämpfe und soziale Ideen.
 I. Die soziale Frage in der vor- und frühkapitalistischen Wirtschaft. Die vorchristliche Zeit. Soziale Probleme in Israel. Soziale Gegensätze und Sklaverei auf den Inseln und in Amerika. Soziale Bewegungen im europäischen Mittelalter. Die soziale Bedeutung der Reformation, Revolution und Bürgerkrieg.
 II. Der Übergang zum modernen Kapitalismus. Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in England. Der Sozialismus in Frankreich bis Louis Blanc. Vorgehensweise der deutschen Sozialdemokratie. Die großen deutschen Sozialisten.
 III. Marxismus - Revisionismus - Syndikalismus - Internationalsmus - Anarchismus.
 Dozent: Herr Geheimrat Dr. von Schmiedeknecht, Professor an der Technischen Hochschule. Jeden Dienstag abends 8 Uhr, Beginn 6. Mai.
 Anmeldung gegen Vorauszahlung der Kursgebühr bei den in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen: A. Bielefelds Buchhandlung, E. Kuntz, F. Lind's Buchhandlung, Westfälische Buchhandlung Ernst Kagerath.
 Kursgebühren für die Halbjahreskurse für kaufmännische Angestellte M. 2.-, sonst M. 3.-.
 Die Vorlesungen finden im Aulabau der Technischen Hochschule statt.
 Karlsruhe, April 1919. 2936
 Das Kuratorium.

Bergebung von Kanalbauarbeiten.
 Die Arbeiten für die Verfestigung der Landarabensabdeckung im nördl. Teil der Kapellenstraße sollen vergeben werden.
 Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens **Donnerstag, den 8. Mai ds. Js., vorm. 10 Uhr,** auf unterer Kanal, Rathaus Nr. 100 einzureichen, wo die Bedingungen und Pläne zur Einsicht aufgelegt, und Angebotsvordrucke abgegeben werden. 2939
 Karlsruhe, 19. April 1919.
 Städtische Tiefbauamt.

**Unabh. sozialdem. Partei
Karlsruhe.**

Morgen **Mittwoch, den 23. April, abends 7 Uhr,** findet in der Gambrinus-Halle, Erörternstraße, eine **Mitglieder-Versammlung** statt. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht eines jeden Genossen pünktlich zu erscheinen. 2946
 Der Vorstand.

Städtisches Konzerthaus.
 Dienstag, den 22. April 1919. 2933
Vorstellung des Badischen Landestheaters.
 Dienstagsmiete No. 29.

Der Revolutionär.
 Drama in 3 Akten von Wilhelm Speyer.
 Anfang 7 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

**Mittwoch den 23. April, 8 Uhr:
Volkstüml. Sinfonie-Konzert
der Kapelle des Landestheaters.**
 Mitwirkende: Margareta Brantsch u. Paul Trautvetter.
 Vortragsfolge:
 1. Feierlicher Marsch aus „Die Ratten von Athen“ Beethoven.
 2. Konzert für Violoncello Haydn.
 Allegro moderato. Adagio. Allegro.
 Paul Trautvetter.
 3. Unvollendete Sinfonie in H-moll . . . Schubert.
 Allegro moderato. Andante con moto.
 4. Arie der Andromache aus „Achilles“ Bruch.
 („Noch lagert Dämmrung“) Margareta Brantsch. 2911
 5. Ouverture zu Tannhäuser Wagner.
 Eintrittspreise: 1 Mk., 1.50 Mk. und 2 Mk.

Bekanntmachung.
 Das diesjährige Ab- und Rückreiben der Einkommen- und der Vermögensteuer wird von Montag den 7. bis mit Mittwoch den 30. April 1919 vormittags von 9 bis 12 Uhr in den Diensträumen des Steuerkommissärs, Kreuzstraße 13 hier, vorgenommen werden.
 Wer sich Personen in anderer Weise als lediglich in seinem Haushalt oder beim Betrieb der Landwirtschaft gegen Entgelt beschäftigt, hat den hierfür vorgeschriebenen Vordruck auszufüllen und bis zum Beginn obiger Frist beim Steuerkommissär einzureichen. Die Vordrucke sind, wenn sie nicht zugestellt werden, beim Steuerkommissär abzugeben.
 Zur näheren Belehrung werden die Steuerpflichtigen auf die an der Ortsverfündigungstafel angeschlagene Bekanntmachung verwiesen.
 Karlsruhe, den 26. März 1919. 2204
 Der Vorsitzende des Stadtrats.

Maul- und Klauenfische betr.
 Die Maul- und Klauenfische unter dem Viehbestand des Landw. § über II im Vo. Ort Rippur ist erloschen. Die angeordneten Erreuermaßnahmen werden aufgehoben.
 Karlsruhe, den 15. April 1919.
 O. R. 143. Bezirksamt - Polizeidirektion. 2943

Bei dem großen Mangel an Wohnungen sieht sich der Wohnungs- und außerstande, Neuzuziehenden Wohnungen zu vermitteln. Vor dem Bezug nach Karlsruhe wird daher gewarnt. Mietsverträge mit Neuzuziehenden können nicht genehmigt werden, solange der derzeitige Mietsstand nicht behoben ist.
 Karlsruhe, den 17. April 1919.
 Der Stadtrat.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.
Göhl- und Widyrreife
 Göhlig in der Zeit vom 21. April bis 27. April 1919 einschleichen für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe.

| Grünze | Pfg. | Gemüse. | Pfg. |
|--------------------------------------|------|-----------------------------|--------|
| Winterkohl | 25 | Laich | 250 |
| Rohrkraut | 40 | Erdbeere | 60 |
| Weißkraut | 30 | Linsen | 40 |
| Spinat | 50 | Schnittkohl | 25 |
| Speisebohnen, rot | 30 | Reiszeitig | 70-100 |
| gelb | 25 | | |
| Kartoffeln, lange u. runde | 35 | Kettig | 3-15 |
| Rüben, rot | 25 | Reisbrot | 65 |
| Bodenbohnen | 15 | Sauerkraut | 25 |
| Reisbrot | 100 | Eingemachte Rüben | 18 |
| Reisensalat | 180 | | |

In allen Waren, sowohl an den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen, sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Das Zurückhalten angebotener verkaufter Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß vom Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden. Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.
 Karlsruhe, den 19. April 1919. 2941
 Preisprüfstelle für Marktwaren.

Sauerkraut
 bis auf weiteres an Werktagen von 9 bis 11 Uhr vormittags Kaiser-Allee 23, jedoch nur in Mengen von 50 Pfund und gegen Vorzahlung erhältlich.
 Käffer sind nicht zuzulassen.
 Kleine Mengen Sauerkraut werden in den städtischen Verkaufsstellen und auf den Märkten warentfrei abgegeben, zum Preise von 25 Pfg. für das Pfd. 2812
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

**Frauenarbeitschule
des Bad. Frauenvereins**
 (gewerbliche Unterrichtsanstalt)
 zur Übung der Bildung und Erwerbserfähigkeit des weiblichen Geschlechts.
 Montag, den 28. April, vormittags 9 Uhr, beginnen sämtliche Kurse in allen weiblichen Handarbeiten für Köchler oder Stände zur Aneignung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, die das alltägliche Leben von jeder Frau fordert. Außer dem Unterricht in Köchen, Nähen, Stricken, Deutsch, Lebenskunde, Turnen, Gesang.
 Berufsausbildung für Handarbeitslehrerinnen, Lehrkräfte an Gewerbeschulen, Weiblicherinnen, Melberinnen, Zimmermädchen und Stammerinnen.
 Volle Pension für auswärtige Schülerinnen in der Anstalt. Sorgfältige Erziehung und Pflege. Sagen es durch die Anstalt, Gartenstr. 47. Leiterin: Frau' ein Josefine Mayer, Kapellestr. 11. Anmeldungen täglich zwischen 11 und 12 Uhr oder schriftlich. Karlsruhe, im März 1919. 2907
 Der Vorstand
 der Abteilung I des Bad. Frauenvereins.

**Wir suchen zum sofortigen Eintritt
2 geübte
Schrauben-Automaten-Dreher
und 1 tüchtigen
Revolver-Dreher**
 für dauernde, gut bezahlte Beschäftigung. 2947
 Pfaff & Schlander, Schramberg,
 Markt, Schwarzwald.

**Möbelschreiner
und Bildhauer**
 finden Beschäftigung bei 2871
 Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik
 Kriegstraße 25.

Kohlrüben
 sind eingetroffen, dieselben werden auch im Kleinen abgegeben. 2934
N.J. Homburger
 Karlsruhe i. B., Kronenstraße 50, - Telefon 152.

**Meine letzten
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäfte**
 Kronenstraße 52.

**Meine letzten
Kohlrüben**
 sind eingetroffen, dieselben werden auch im Kleinen abgegeben. 2934
N.J. Homburger
 Karlsruhe i. B., Kronenstraße 50, - Telefon 152.